Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932
1913

17 (21.1.1913)

Visual Library

No. 17. Karlsruhe, Dienstag den 21. Januar 1913. 33. Jahrg.

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags u. der gesetzl. Feiertage. Abonnementspreis: Zugestellt monatl. 75 ₰, vierteljährl. 2,25 ℳ; abgeholt monatl. 65 ₰; am Postschalter 2,10 ℳ, durch den Briefträger 2,52 ℳ vierteljährlich.

Geschäftsstunden: 7 bis abends ½7 Uhr. Postscheckkonto Nr. 2650. Telephon: Nr. 128, für Redaktion Nr. 481.

Inserate: Die 6spaltige, kl. Zeile, oder deren Raum 20 ₰. Lokalinserate billiger. Schluß d. Inseratenannahme ½9 Uhr vorm., für größere Inserate am Nachmittag zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Geck & Cie., Karlsruhe.

Wackers Taktik.

* In Lörrach hat der Führer des badischen Zentrums Herr Wacker am Sonntag über „Die politische Lage Badens“ gesprochen. Wir stimmen dem Zentrumsführer durchaus bei, wenn er sagte, die Landtagswahlen des Jahres 1913 müssen ein Markstein in der inneren politischen Lage werden. In der Tat, im Spätjahr dieses Jahres wird eine politische Entscheidungsschlacht geschlagen werden, die zunächst der politischen Entwicklung in unserem Lande die Richtlinien für eine längere Zeitperiode geben, darüber hinaus aber auch nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung im Reiche bleiben wird. Wacker weiß was er will und er ist sich auch völlig klar über den Weg, auf dem er ans Ziel seiner politischen Wünsche und seiner politischen Lebensarbeit kommen kann, dem Zentrum in Baden maßgebenden politischen Einfluß zu verschaffen und damit zugleich die eigenartige Stellung des Zentrums in der Reichspolitik aufs neue zu fundieren.

Wacker hat es als die wichtigste politische Aufgabe des Zentrums bezeichnet, **die Sozialdemokratie zurückzudrängen.** Unausgesprochen liegt darin die Konsequenz, **den Liberalismus zur politischen Ohnmacht zu verurteilen,** denn nur politische Narren oder Kinder können noch daran glauben, daß der deutsche Liberalismus ohne die Sozialdemokratie eine politisch irgendwie bedeutungsvolle Rolle zu spielen vermöchte. Klar und ohne jede Umschreibung hat die junkerliche „Kreuzzeitung“ in ihrem letzten politischen Wochenrückblick die politische Situation in Deutschland ebenso kurz als treffend mit den Worten charakterisiert, **daß die Sozialdemokratie das Problem aller künftigen Politik sein wird.** Das gilt ebenso sehr für die Politik des Reiches, wie für die aller deutschen Bundesstaaten. Ob dieses Problem gelöst werden müsse, stehe gar nicht in Frage, sondern nur die Mittel, mit welchen es zu lösen ist. Auch darin hat die „Kreuzzeitung“ recht. Die Reaktion sieht in diesen Dingen leider viel klarer als die meisten ihrer Gegner, wenn auch die Schlüsse, die sie aus ihrer Einsicht in das Problem aller künftigen deutschen Politik zieht, Trugschlüsse sind. Während aber die „Kreuzzeitung“ den Schlüssel zur Lösung des Problems in der gewaltsamen Niederknüppelung der sozialdemokratischen „Verschwörung“ durch ein neues Sozialistengesetz erblickt — eine nach Lage der Verhältnisse unlösbare Aufgabe —, geht Herr Wacker als geriebener Zentrumspolitiker vorsichtiger zu Werke. In Baden handelt es sich für die Reaktion vor allem darum, die durch die Wahlen vom Jahre 1905 geschaffene Parteikonstellation, die, wenn sie standhält, es dem Zentrum schlechterdings unmöglich macht, die von Wacker ersehnte politische dominierende Stellung zu erringen, auseinanderzusprengen. Gelingt dies dem Zentrum, dann ist die Bahn, auf der dieses — ganz gleich unter welcher Führung — an das Ziel kommt, frei. Gelingt es nicht, dann hat das Zentrum das Spiel endgiltig verloren und bleibt politisch ausgeschaltet.

Die Gesetze der Politik haben ihr eigenes Schwergewicht. Das weiß die Reaktion aus jahrzehntelanger praktischer Erfahrung. Wird der Liberalismus durch die Logik der Tatsachen gezwungen, seine Wegrichtung nach links einzuschlagen und auf dem Boden der Demokratie liberale Politik zu treiben, dann gibt es für ihn kein Paktieren mehr mit der Reaktion, er **muß** mit der Sozialdemokratie zusammen die Politik machen. Damit aber ist die Reaktion politisch schachmatt gesetzt, jede Hoffnung, wieder ans Ruder zu kommen, müßte sie ein- für allemal aufgeben.

In Baden hat diese Entwickelung zuerst eingesetzt. Der Liberalismus kann nicht mehr zurück, es sei denn, er liefert sich auf Gnade und Ungnade dem Zentrum aus. Deshalb werden die liberalen Parteien, mag kommen, was will, am Großblock festhalten, er ist eine politische Lebensfrage für den Liberalismus. Nicht so für die Sozialdemokratie. Zwar hat auch diese ein großes Interesse daran, daß der Großblock aufrecht erhalten wird, aber es ist keine politische Lebensfrage für die Sozialdemokratie. Das Zentrum kann machen, was es will, die Sozialdemokratie wird es nie überwinden, es kann höchstens erreichen, ihren politischen Einfluß zeitweise zurückzudrängen. Das wäre allerdings gleichbedeutend mit der zeitweisen politischen Vorherrschaft der Reaktion. Die politische Aufgabe der Sozialdemokratie aber ist es, die Geburtswehen der neuen Gesellschaftsordnung abzukürzen. Das kann nach Lage der politischen Verhältnisse nur dadurch geschehen, daß die Reaktion dort, wo sie herrscht, so bald als möglich abgelöst und wo sie nach der Herrschaft strebt, an der Verwirklichung dieses Wunsches verhindert wird. In dieser politischen Aufgabe der Sozialdemokratie ist ihr Interesse am Großblock begründet.

Wacker weiß, daß in der Sozialdemokratie im Hinblick auf die politische Jämmerlichkeit des deutschen Liberalismus Gegensätze der Auffassung über der Möglichkeit, diese eben kurz angedeutete politische Aufgabe zu erfüllen, bestehen. Er weiß insbesondere, daß innerhalb der Sozialdemokratie noch eine starke Strömung vorhanden ist, die der positiven politischen Mitarbeit derselben in dem Umfange und mit dem Maß von Anteilnahme an der Verantwortung, die ein solch positives politisches Mit- und Zusammenarbeiten naturgemäß mit sich bringt, grundsätzliche Bedenken entgegenstellt, wie sie beispielsweise in der Resolution über die Budgetfrage zum Ausdruck kommen. **Darauf setzt er seine Hoffnungen.** So lange die Sozialdemokratie in ihrer Mehrheit auf diesem Standpunkt steht, befindet sich die Reaktion auch dort, wo sie in der Minderheit ist, in einer politisch verhältnismäßig günstigen Situation, weil die Regierungen letzten Endes immer wieder auf deren Unterstützung angewiesen sind. Dazu kommt weiter, daß durch diese grundsätzliche politische Festlegung der Sozialdemokratie der Liberalismus auch dort, wo er gezwungen ist, mit der Sozialdemokratie zusammen zu gehen, in mißliche Situationen gerät, denn der Liberalismus allein kann die Verantwortung für die Staatsnotwendigkeiten nicht tragen. In solchen Situationen erscheint dann die Reaktion den Regierungen immer wieder als rettender Engel in bitterer Not und sie nützt diese Situationen natürlich aus. Diese künstlich und ohne zwingende Not heraufbeschworenen Gegensätzen zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie lähmen die ganze gegen die Reaktion gerichtete politische Aktion. Dazu kommt dann auf der anderen Seite jener konservative Flügel des Liberalismus, der noch ganz unter dem Eindruck der polizeiwidrig dummen Angst vor der Sozialdemokratie steht und in Konsequenz dieser Auffassung der politischen Neuorientierung alle erdenklichen Hindernisse in den Weg legt. Last not laest kommt dazu noch die Unentschiedenheit der Nationalliberalen, die im entscheidenden Augenblick immer wieder Angst vor ihrer eigenen Kurage bekommen.

So liegen augenblicklich die Dinge. Wacker und die ihm ergebene Zentrumspresse arbeiten nun seit Jahren systematisch daran, diese der Reaktion günstige Situation auszunützen, d. h. die im Liberalismus und in der Sozialdemokratie vorhandenen Gegensätze zu verschärfen. Er poussiert die Rechtsliberalen und versucht die „radikale“ Richtung in der Sozialdemokratie mit allen Kräften in Baden obenauf zu bringen. Dazu ist ihm jedes Mittel recht. Gelingt es ihm, der Sozialdemokratie, ähnlich wie bei den letzten Reichstagswahlen, auch bei den kommenden Landtagswahlen Mandate wegzukapern, dann — so hofft er — wird bei der Sozialdemokratie nicht mehr die politische Vernunft, sondern die verärgerte Stimmung über den Verlust der Mandate die Oberhand bekommen, was gleichbedeutend mit der Sprengung des Großblocks wäre. Wacker hat es in seiner Lörracher Rede für jeden, der seine Absichten kennt, klar und deutlich ausgesprochen. Er sagte nach einem uns zugegangenen Bericht:

„Die Sozialdemokratie ohne Macht ist nicht so gefährlich, wie die Nationalliberalen mit Macht. Aber immer wieder müsse er betonen, daß die wichtigste Aufgabe des Zentrums die sei, **die Sozialdemokratie zurückzudrängen und das Zentrum werde es den andern Parteien nicht erschweren, mit ihm zu gehen,** denn werde die Sozialdemokratie groß, so sei das sehr gefährlich für Baden; man könne das jetzt schon sehen.“

Das Zentrum wird es den anderen Parteien nicht schwer machen, mit ihm zusammen zu gehen! Sicher nicht! Das Zentrum geht sogar noch weiter, es wird gar nicht warten, bis die Nationalliberalen mit ihm zusammen gehen, sondern überall dort, wo es den Sozialdemokraten ein Mandat abnehmen kann, ohne jede Gegenleistung für jeden Liberalen, gleichviel welcher Richtung stimmen, wie es das bei den Reichstagswahlen getan hat. Diese „Uneigennützigkeit“ wird sich für das Zentrum glänzend bezahlt machen, denn für jedes sozialdemokratische Mandat, welches das Zentrum den liberalen Parteien verschafft, verlieren die Liberalen mindestens zwei Mandate an das Zentrum oder die Konservativen. Würde dem Zentrum dieser Streich gelingen, dann kämen bei den Nationalliberalen die Rechtsliberalen obenauf und bei der Sozialdemokratie der „Radikalismus“. Das Zentrum hätte mit den Konservativen die absolute Mehrheit in der Zweiten Kammer, in der Ersten Kammer würde es auf keine unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen und die badische Sozialdemokratie würde wahrscheinlich „württembergische“ Zustände bekommen. Die Reaktion hätte für längere Zeit Ruhe und Muse, um sich ganz ihrer politischen Aufgabe widmen zu können. Der Großblock aber müßte über kurz oder lang doch wieder zum Leben erweckt werden, um dann das zu tun, was er **heute schon kann,** wenn die Gegner des Zentrums sich von Wacker und seiner raffinierten Taktik nicht ins Bockshorn jagen lassen.

„Die Sozialdemokratie zurückdrängen“ heißt für Wacker nichts anderes, als die politische Entwickelung in unserm Lande und damit auch im Reiche unterbinden, der Reaktion eine weitere politische Galgenfrist zu sichern. Wacker glaubt, er könne den Liberalismus und die Sozialdemokratie wie Schachfiguren behandeln. Im Herbst dieses Jahres hängt alles davon ab, ob die Gegner des Zentrums nicht selbst den Schachzug machen, den Wacker mit ihnen machen möchte. Discide moniti.

Ein Spiegelbild der Nationalliberalen,

wie es treffender kaum geschildert werden kann, gibt das „Berliner Tagblatt“, indem es schreibt:

„Diese kleinbürgerliche politische Schüchternheit eines wirtschaftlich überaus leistungsfähigen Mittelstandes, daß das Deutsche Reich nichts weniger als Homerule hat, sondern die Vorherrschaft Ostelbiens, kontrolliert durch einen ultramontanen Aufsichtsrat. Denn unsere liberalen Mittelschichten verzichten nicht nur auf die Durchsetzung eines eigenen Willens und eigener Ziele; sie treiben die kleinbürgerliche Verschüchterung so weit, es für vermessen zu erklären, einen eigenen Willen überhaupt haben zu wollen! Politisch etablieren sie sich als Mittelpartei, nicht in dem Sinne, daß sie sich ihre Ziele auf einer mittleren Linie gesteckt hätten und nun bereit wären, sie mit Hilfe derer durchzusetzen, die dazu bereit sind. Sondern im Sinne einer Maklerpartei, die keinen eigenen Willen hat, sondern nur Kommissionsgeschäfte betreibt und den Willen anderer durchsetzen hilft, am liebsten, wenn diese anderen zur Rechten hausen. Staatsmännischer Typus: Herr Bassermann. Er hat die Einsicht, daß unsere inneren Zustände oberfaul sind und daß es „so nicht weiter gehen kann“. Aber er erschrickt innerlich vor dem Gedanken, an der Spitze aller derer, die die gleiche Einsicht haben und dazu den Willen, sie in Taten umzusetzen, eine innere Reform zu erzwingen. Für die Durchsetzung sozial-liberaler Gemeinziele zäh und ausdauernd zu kämpfen, wie die englischen Liberalen um Steuerreform, Vetobill jahrelang gekämpft und gerungen haben. An der väterlichen Hand des jeweiligen „Herrn Reichskanzlers“ ein bißchen mitregieren, wenns erlaubt ist, recht gern. Aber der bureaukratischen Verstocktheit einmal die Hände binden und sie dann zappeln lassen, bis ihr die Einsicht kommt — um Gottes willen! So etwas tut ein braver deutscher Kleinbürger doch nicht, den die großen Herren in der heilsamen Doppelfurcht vor dem Schutzmann und der Sozialdemokratie erzogen haben. Da müßte der politische Kleinbürger — der nebenbei recht wohl mehrfacher Millionär sein kann — ja die Verantwortung für das übernehmen, was nachher käme! Und die überläßt er lieber den Leuten mit dem robusteren Gewissen: den Heiligen und den Rittern.“

Stimmt! So lange das liberale Bürgertum politisch in der Furcht vor der Sozialdemokratie erzogen wird, ist es unmöglich, der deutschen Politik eine andere Wendung zu geben.

Deutsche Politik.

Gegen den Reichstagsabgeordneten Wetterlé. Die „Norddeutsche Allgem. Zeitung“ nimmt in ihrem Wochenrückblick in folgenden Ausführungen Stellung gegen Wetterlé:

„Der Abg. Wetterlé hat sich in mehr oder weniger faßbaren Aeußerungen ergangen, als warte eine unterdrückte Bevölkerung sehnsüchtig auf den Befreier. Daß er so verstanden worden ist, und zwar nicht gegen seine Absicht, ergibt sich klar aus den Berichten der französischen Zeitungen. Demgegenüber würde es unerheblich sein, wenn Herr Wetterlé nachträglich einen harmloseren Wortlaut seines Vortrages produzierte. Völlig zutreffend hat der Staatssekretär Freiherr Zorn von Bulach im elsaß-lothringischen Landtag darauf hingewiesen, daß es nicht auf einen ausgeklügelten Wortlaut, sondern auf den Eindruck und das gesamte Milieu ankommt. Im deutschen Reichstage ist dem Abg. Wetterlé zu verstehen gegeben worden, daß sein Treiben in Frankreich gegen die Ehre, Mitglied des Reichstages zu sein, gröblich verstößt.“

Der konservative „Reichsbote“ ist mit diesen Worten nicht zufrieden, sondern verlangt die Einleitung eines Verfahrens gegen Wetterlé wegen Hochverrat.

Gegen Wetterlés Organ, den „Nouvelliste d'Alsace Lorraine“ ist, wie die „Straßburger Post“ mitteilt, ein Verfahren wegen Beleidigung des Deutschtums eingeleitet worden. Das Blatt hatte in einem Artikel gegen die „Straßburger Post“ von den „Nachkommen der Hungerleider, die nach 1870 das Land überschwemmt haben“ gesprochen.

Staatssekretär v. Jagow ist Bundesratsbevollmächtigter. Auf Grund des Artikels 6 der Reichsverfassung ist der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, Wirkliche Geheime Rat von Jagow zum Bevollmächtigten des Bundesrats ernannt worden.

v. Jagow wird nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeigers“ am Mittwoch, nachdem er dem Papst am Montag seinen Abschiedsbesuch gemacht hat, von Rom die Heimreise antreten und am nächsten Freitag die Amtsgeschäfte in der Wilhelmstraße übernehmen.

Mandatsmüde. Geheimrat Prof. Freiherr v. Liszt hat erklärt, kein Mandat zum preußischen Landtag mehr annehmen zu wollen, damit er seine ganze Kraft den Arbeiten im Reichstag widmen kann. Das Mandat des Herrn v. Liszt (Stadt Charlottenburg) ist den Fortschrittlern sicher und wie verlautet, wollen sie den Pfarrer Naumann als Nachfolger auf den Schild erheben.

„Ein König auf schiefer Bahn“ ist nach der „Germania“ der König Alfons von Spanien. Das klerikale Blatt

erklärt: „Er hat es eilig mit dem Zusammenbruch der Monarchie. Das klingt zwar befremdend, aber es ist der beste Ausdruck für seine sonderbare Regierungsweise."

Was hat dieser König wider die heilige Gottesgnadentums-Autorität verbrochen? Er hat, wie das Zentrumsorgan entrüstet berichtet, sich dem republikanischen Führer Azkarate gegenüber bekannt zu „weitgehender religiöser Toleranz" und zu einer „Entwicklung des Unterrichts in liberalem Sinne". Der König will sogar mit dem Sozialisten Iglesias verhandeln. Ergo: „Der König scheint sich also tatsächlich seinen ausgesprochenen Feinden auf Gnade und Ungnade ausliefern zu wollen, sich, sein ganzes Geschlecht und das ganze Land."

Auch den „heiligen Stuhl" brüskiert dieser König. Das klerikale Blatt fügt hinzu:

„Ja, seine Politik wird sich in noch viel radikalerem Fahrwasser bewegen müssen, da die Mitarbeit der Revolutionäre, Sozialisten und Bombenwerfer jetzt durch den König selbst in die Wege geleitet wird: nur die Konservativen sind ausgeschlossen. Ist das nicht ein Hohn auf jede Staatsweisheit? Was braucht man sich da noch zu wundern, daß der König den ehemaligen liberalen Minister Calbeton zum Botschafter beim Vatikan ernannte! Nach einigen Jahren kann vielleicht Lerroun an die Reihe kommen. Aber dann wird es wohl keinen König Alfons und keine spanische Botschaft beim Hl. Stuhl mehr geben. Die spanische Monarchie steht am Anfang vom Ende."

Die „Germania" hätte sich viel kürzer fassen können, um ihren monarchistischen und religiösen Grundsätzen zu genügen; sie hätte nur zu erklären brauchen: die Interessen der Monarchie und der Kirche lassen sich unmöglich vereinbaren mit liberalen Reformen; beide sind nur so lange „göttliche Autoritäten", wie sie sich jedem Fortschritt widersetzen.

Eine polizeiliche Unverschämtheit. Am Mittwoch hatte sich vor der Essener Strafkammer ein Bergmann aus Buer zu verantworten. Er war beschuldigt, den Maispaziergang der Genossen in Gladbeck geleitet zu haben. Das Schöffengericht in Buer hatte ihn am 5. August deshalb auch zu einer Woche Haft verurteilt. Die Strafkammer änderte das Urteil in eine Geldstrafe von 30 Mk. um. Die Verurteilung erfolgte auf das Zeugnis des Kriminalwachtmeisters Johnen aus Buer, der vor dem Schöffengericht wie in der Berufsverhandlung beschwor, daß er den Angeklagten mindestens eine halbe Stunde beobachtet und gesehen habe, wie dieser Anweisungen an die Spaziergänger erteilt habe. Eine Anzahl Gegenzeugen bekundeten das Gegenteil. Johnen hat nach dem Termin in erster Instanz **gegen diese Entlastungszeugen eine Anzeige wegen Meineids erstattet,** mit der Begründung, **daß sie als Anhänger der Sozialdemokratie es mit ihrer eidlichen Aussage nicht so genau nähmen.** Ein Versuch des Verteidigers, diese Beschimpfung sozialdemokratischer Zeugen gebührend zurückzuweisen, wurde vom Vorsitzenden des Berufungsgerichts verhindert.

Ausland.

Oesterreich.

Christlich-soziale Korruption. Vor einigen Jahren bestimmte die christlich-soziale Partei des österreichischen Abgeordnetenhauses die Regierung, bei ihren Einkäufen für das staatliche Tabakmonopol ein anderes System zu befolgen. Während bis dahin die Einkäufe in Amsterdam sich so vollzogen hatten, daß unter den konkurrierenden Firmen die Auswahl getroffen wurde, sollte jetzt nur mit einer einzigen bestimmten Firma der Handel abgeschlossen werden. Dieser Vorschlag wurde infolge des großen Einflusses der christlich-sozialen Partei von der Regierung gegen den Widerstand der Verwaltung des Tabakmonopols durchgesetzt, und das Monopol hat infolgedessen auch mehrere Millionen verloren, weil es infolge der Ausschaltung der Konkurrenz die Waren natürlich teurer bezahlen mußte. Erst nach dem Sturz der christlich-sozialen Herrschaft durch die Parlamentswahlen von 1911 wagte die Regierung, diesen schädlichen Vertrag wieder aufzuheben. Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hat nun ein eigenes Komitee zur Untersuchung der ganzen Affäre eingesetzt, und man erfährt nun, daß bei dem für die staatliche Tabakverwaltung so schädlichen Vertrag die **christlich-soziale Partei an 100 000 holländischen Gulden für ihre Parteikasse erlangt hat!**

Spanien.

Reformpläne. Der von dem Ministerium Romanones mit Unterstützung der Parteien der Linken geplante Versuch der Durchführung eines bereits vom Ministerium Canalejas begonnenen Reformwerkes der spanischen Politik, wird weiter geführt werden. Die bereits früher in der Cortes eingebrachten Reformgesetze, vor allem die Vorlage über die Dezentralisation der Verwaltung, werden aufrecht erhalten, besonders bereitet das Ministerium Romanones Gesetzesmaßnahmen vor über die Abschaffung der Todesstrafe, die Schaffung eines freiheitlichen Vereinsgesetzes, die Verweltlichung der Kirchhöfe, die Freiheit aller Religionskulten, die Sicherung der landwirtschaftlichen Unternehmungen und die soziale Hebung des Arbeiterstandes durch Schaffung eines Arbeitergesetzes über die Arbeitszeit für Frauen und Kinder und Einführung einer Arbeiterversicherung, die gesetzliche Einführung der Zivilehe.

Türkei.

Einberufung des Nationalrats. Die Regierung berief den Nationalrat auf Dienstag ein. Die Versammlung soll die Entscheidung über die Kriegsfrage fällen.

Vereinigte Staaten.

Die Einwanderungsvorlage. Nach einer Meldung des „Berliner Tagblattes" aus Neuyork wurde am Donnerstag in Washington in einer Sitzung des von den beiden Häusern des Kongresses eingesetzten Komitees zur Prüfung der Burnettschen Einwanderungsvorlage eine Einigung erzielt. Die Vorlage ist Freitag dem Repräsentantenhaus vorgelegt und voraussichtlich angenommen worden. Sie bestimmt, daß die Einwanderer im Stande sein müssen, ihre eigene Landessprache zu lesen. Von dieser Bestimmung sind Gattinnen, Witwen und ledige weibliche Personen ausgenommen. Der höchste Senat hat die Forderung der Kenntnis des Schreibens fallen gelassen. Die Kopfsteuer für Einwanderer wird von 4 auf 5 Dollar erhöht. Jedes Einwanderer befördernde Schiff muß regierungsseitlich ernannte amerikanische Aerzte, Inspektoren und Wärterinnen an Bord haben. Desertierende fremde Seeleute werden verhaftet und deportiert, desgleichen Eingewanderte, die in Amerika wegen Vergehens gegen die Moral verurteilt wurden.

Badische Politik.

Die Heuchelei des Zentrums

kennt keine Grenzen. Neuerdings versucht die Zentrumspresse wieder die Forderung auf Trennung von Staat und Kirche als eine gegen die Religion gerichtete Forderung zu brandmarken. Abg. Muser erinnert im „Bad. Landesbote" demgegenüber an eine Rede, die der Zentrumsabgeordnete Birkenmeyer im Jahre 1892 im badischen Landtag gehalten hat und in welcher er u. a. ausführte:

„Sie haben von der Regierungsbank und von verschiedenen Rednern gehört, wie schwierig es heutzutage ist, die Fragen zu lösen, wo Kirche und Staat sich berühren, Streitigkeiten sind vorhanden, und es ist auch richtig, wenn der Herr Kultusminister gesagt hat, man müsse sich bemühen, diese Berührungspunkte möglichst zu trennen. Ja, da gehe ich lieber radikal vor und sage: wir führen das amerikanische System ein, **die vollständige Trennung der Kirche vom Staat. Heutzutage gibt es gar nichts anderes mehr,** wenn man die endlosen Streitigkeiten zwischen Staat und Kirche gründlich beseitigen will, und ich bin überzeugt, **das zwanzigste Jahrhundert wird auch uns dieses System bringen.** Es ist gesagt worden, es stehe unserer historischen Entwicklung von Staat und Kirche entgegen. Da frage ich die Herren: warum ist es denn durchführbar gewesen in **England,** in **Holland**? Diese Staaten haben die gleiche Vergangenheit, und Kirche und Staat sind **doch getrennt** und jeder Teil befindet sich **wohl** dabei. Die Kirche blüht und der Staat hat keinen Verdruß. Was in Holland möglich ist, in einem der bestregierten Staaten der Welt, **sollte auch in Baden möglich sein."** ... **„Trennung von Kirche und Staat,** dies ist ein „Lieblingsprinzip" von mir, und weil gestern von der Kirchensteuer die Rede gewesen ist, sage ich: gerade weil diese auch ein Schritt zur Trennung der Kirche vom Staat ist, habe ich dafür gestimmt."

Gegen diese Rede des Abgeordneten Birkenmeyer hat kein Mitglied seiner Fraktion protestiert. Sobald aber ein Gegner des Zentrums diese Forderung vertritt, wird er zum Religionsfeind gestempelt. Die Trennung von Staat und Kirche wird und muß durchgeführt werden. Das Zentrum selbst ist der beste Agitator für diese Forderung. Je früher sie verwirklicht wird, um so besser für den Staat und — die Religion.

Sehr zutreffend

charakterisiert unser Schwesterorgan die „Volkswacht" die Journalistik der „Freiburger Tagespost", indem sie bemerkt:

„Die Journalistik der „Freiburger Tagespost" ist von besonderer Art. Ganz abgesehen davon, daß die Zentrumspresse ihre eigene Sprache der Unsachlichkeit und der Gehässigkeit hat, tut die „Freiburger Tagespost" darin noch ein übriges. Sie hat sich seit ihrem Bestehen ein System der Behandlung politischer Angelegenheiten zurechtgelegt, daß einen geradezu mit Ekel erfüllt. Da wird der politische Gegner niemals mit seinen eigenen Worten zitiert, sondern nur mit hämischen Randglossen und persönlichen Ausfällen bedacht. Nicht sachlich wird ihm erwidert, nicht in ernsthafter Weise die Meinung des Zentrums entgegen gestellt: der Leser der Zentrumspresse erfährt nie, was die gegnerische Presse sagt. In persönlich verletzender Form wird er abzutun versucht und dem Zentrumsangehörigen wird die Meinung beigebracht: beim Zentrum ist alles herrlich bestellt, und seine Gegner sind nur Dummköpfe, Spitzbuben und elende Kerle."

Und das bildet sich auf sein Christentum noch etwas ein.

Badisch-Württembergische Grenzfragen.

In der Generaldebatte zum Etat führte heute der Minister des Innern von Fleischhauer in der zweiten Kammer u. a. aus: In Bezug auf die Donauversickerung sind wir auf die Mitwirkung der badischen Regierung angewiesen. An den leitenden Stellen in Baden besteht der Wunsch, zu einer Verständigung mit uns zu kommen. Die in naher Zukunft zu erwartende Antwort der badischen Regierung wird hoffentlich eine Lösung bringen. Sollte dies nicht der Fall sein, so sehen wir uns veranlaßt, die Entscheidung des Bundesrats anzurufen. Was das Murgtalwerk anlangt, so kann Baden auf seinem Gebiet derartige Anlagen erstellen. Wenn eine Stauung bis auf württembergisches Gebiet übergreifen sollte, dann werden wir die nötigen Schritte unternehmen. Jedenfalls werde ich die Angelegenheit, mit der ich mich noch nicht befassen konnte, im Auge behalten und die württembergischen Interessen in jeder Hinsicht wahren.

1. Verbandstag des deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

kr. Jena, 17. Januar.

Fünfter Verhandlungstag.

Ueber den Punkt

Jugendorganisation im Deutschen Bauarbeiterverband

referierte Töpfer Hamburg. Er begründet eingehend die vom Vorstand vorgeschlagene Bestimmungen für die Gründung von Jugendabteilungen. Die Vorschläge gehen dahin: In jedem Zweigverein, und wo es notwendig ist, auch in jeder größeren Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiterverbandes, sollen für die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter des Baugewerbes Jugendabteilungen gebildet werden. Der Zweck der Jugendabteilungen ist Unterweisung der Jugendlichen in den gewerkschaftlichen Grundsätzen, Schutz der Jugendlichen vor übermäßiger Ausbeutung und roher Behandlung im Arbeitsverhältnis, Belehrung in beruflichen Angelegenheiten, Erweckung und Pflege des Bildungtriebes und Pflege der Geselligkeit.

Mitglied der Jugendabteilung kann jeder Lehrling und jeder Arbeiter des Baugewerbes unter 17 Jahren werden. Der Eintritt ist frei; dem Eintretenden wird ein Mitgliedsbuch ausgehändigt. Der Austritt kann zu jeder Zeit durch einfache Erklärung erfolgen. Die Mitglieder der Jugendabteilung sollen einen Beitrag von 10 Pfg. pro Woche zahlen, und zwar für 44 Wochen im Jahre. Für Mitglieder, die in keinem Lehrverhältnisse stehen und deren Lohn mehr als 25 Pfg. pro Stunde beträgt, erhöht sich der Betrag auf das Doppelte. Vom Beitrag befreit sind Jugendliche, die in einem Kalenderjahr länger als acht Wochen arbeitslos oder krank sind, für die über acht Wochen hinausgehende Zeit, wenn sie nicht auf Grund dieses Statuts Krankenunterstützung beziehen. Ein Mitgliedsjahr gilt nur dann als vollendet, wenn 44 Marken geklebt sind.

Die Mitglieder der Jugendabteilungen können Unterstützungen erhalten im Falle der Krankheit und auf der Reise; im Falle des Todes kann den Eltern oder Pflegern des

Der Volkspalast.

Sozialer Roman, frei nach dem Englischen des W. Besant.
Von E. Dewitt.

6 (Nachdr. verb.)

(Fortsetzung.)

Der stets in tiefes Nachdenken versunkene Daniel Fagg zählte gleichfalls zu den Gästen Frau Bornalacks, hielt sich aber meist von der übrigen Gesellschaft gesondert. Er war erst kürzlich aus Australien mit einer Entdeckung eingetroffen, die allen, die von ihr hörten, den Atem raubte, und die Professoren von ganz Europa mit solchem Neid erfüllte, daß sie ihn nicht aufzukommen lassen beschlossen, und sich verschworen, das Erscheinen seines großen Buches — „Das primitive Alphabet" — um jeden Preis zu verhindern. Kein geringerer als Herr Daniel Fagg selbst stellte diese Behauptung auf, die man ihm glauben mochte oder nicht. Er verließ das Haus morgens nach dem Frühstück und kehrte erst abends zum Tee zurück. Die Tageszeit benutzte er, wie man in der Pension annahm, zu Besuchen bei Gelehrten und Geistlichen, um sie für seine Entdeckung zu interessieren, während er nach dem Tee in einer Ecke über einer hebräischen Bibel und einem Wörterbuch saß und zu niemanden sprach. Er war ein harmloser Mensch, aber durch die kalte, skeptische Aufnahme, die seiner Entdeckung in den wissenschaftlichen Kreisen der englischen Hauptstadt beschieden war, ungenießbar und verbittert geworden.

Ein weiterer Pensionär der Frau Bornalack war der bedauernswerte Josephus Coin, der eine Kontoristenstellung in der Brauerei von Messenger, Marsden u. Ko. bekleidete. Obwohl er bereits fünfundsiebzig Jahre zählte und vierzig Jahre in der Brauerei angestellt war, hatte er es nie zu einem höheren Posten gebracht, weil er sich, einem Gerüchte zufolge, in seiner Jugend eine Unregelmäßigkeit hatte zuschulden kommen lassen, die ihm bis in sein Alter nicht verziehen wurde. Seine Altersgenossen waren jetzt Oberbrauer, Hauptbuchhalter und Hauptkassierer, aber er bezog noch immer nicht mehr als dreißig Schillinge wöchentlich, womit er seinerzeit seine Laufbahn begonnen hatte.

Als letzter in der Reihe der Gäste sei noch ein junger Mann, namens Harry Goslett, erwähnt, der erst kürzlich zu Frau Bornalack gezogen und ein Neffe Josephus Coppins war. Man schloß aus dem Umstande, daß er sich eine Hobelbank mitgebracht und im Gartenhause aufgestellt hatte, daß er ein Tischler sei, der sich selbständig machen wolle, hielt ihn aber, da er nur dann und wann zum Hobel griff, für einen Müßiggänger. Man sah den hübschen jungen Mann gern und verzieh ihm seine Unkenntnis der östlichen Sitten und Gebräuche, weil er angeblich in Amerika aufgewachsen war.

Der erste, der an jenem besonderen Morgen das Frühstückszimmer verließ, um seinem Tagewerk nachzugehen, war der gelehrte Daniel Fagg. Gerade als er nach seinem stark abgetragenen Hut griff, kam Harry die Treppe herunter. Der junge Mann hatte die Hände in den Taschen und sah so heiter und sorglos aus, als ob die Zeit keinen Wert für ihn habe und der Gedanke an Arbeit ihm keine Kopfschmerzen bereite.

„Oho! Daniel," redet er den Australier an. „Wie steht es mit den primitiven Dreiecken? Und wollen Sie sich wirklich in die Löwengrube zurückwagen?"

„Ja, Herr Goslett, ich gehe zurück zu ihnen und will den Vorsteher der ägyptischen Abteilung aufsuchen. An Mut fehlt es mir nicht. Er hat mir versprochen, mich anzuhören, aber das sagen sie alle, ohne ihr Wort zu halten. Ja, Herr Goslett, glauben Sie mir, der Brotneid und die Eifersucht der Gelehrten sind entsetzlich."

„Die Gelehrten sind in der Tat entsetzlich, mein Prophet," meinte Harry. „Haben Sie bereits das Buch bestellt?"

„O nein," erwiderte Fagg, „es ist nicht wahrscheinlich, daß sie die Hand zur Veröffentlichung eines Werkes bieten werden, das sie ausnahmslos als Dummköpfe entlarvt?"

„Daniel," der junge Mann legte dem Gelehrten die Hand auf die Schulter und schaute ihn durchdringend an, „Sie zeigten mir gestern eine Liste von Vorbestellungen; danach sind bereits fünfundvierzig Exemplare Ihres Werkes zu zwölf Schillingen und sechs Pence im voraus bezahlt worden. Was haben Sie, so frage ich, mit diesem Gelde angefangen?"

Der arme Mann errötete und ließ den Kopf hängen.

„Der Mensch will doch leben," sagte er nach einer Pause und zog dabei seine Augenbrauen düster zusammen.

„Allerdings, Daniel, aber vergessen Sie nicht, daß andere Leute darüber anderer Ansicht sein können und daß England kein freies Land ist. Wenn ich an Ihrer Stelle wäre, würde ich mit meinen Dreiecken nach Australien zurückkehren und das Buch dort unter meinen Freunden drucken lassen."

„Nie- nie!" Der kleine Mann stampfte ganz energisch mit dem Fuße und drückte sich seinen Hut gleichzeitig tief ins Gesicht. „Nie, Herr Goslett, niemals! Ich werde es hier in London drucken lassen und es diesen dünkelhaften Professoren, insbesondere denen vom britischen Museum, an den Kopf werfen. Stellen Sie sich vor, Herr Goslett, daß der Direktor der griechischen Abteilung über meine Dreiecke lacht und mich einen Narren nennt. Mein Barbestand in meiner Tasche beträgt übrigens ganze acht Schillinge und sechs Pence, und damit könnte ich nicht nach Australien zurückkehren, selbst wenn ich wollte."

Er lachte bitter auf und schritt hinaus, indem er die Tür krachend hinter sich ins Schloß warf.

Dann trat Harry in das Frühstückszimmer, nickte den Anwesenden freundlich zu und setzte sich, ohne sich wegen seines späten Kommens zu entschuldigen, auf seinen Platz, um sich im nächsten Augenblick angelegentlich mit seinem Frühstück zu beschäftigen. Josephus Coppin erhob sich, seufzte und machte sich auf den Weg zur Brauerei. Der Professor der Magie blickte den unpünktlichen Gast nachdenklich an, wie wenn er Lust habe, ihn zum Gegenstand eines gewagten Experiments zu machen, ging aber aus seinem Schweigen nicht heraus. Frau Bornalack stand auf und ging ihrer häuslichen Arbeit nach. Herr Maliphant lachte, rieb seine Hände und lachte von neuem, als wenn

gestorbenen Mitgliedes ein Sterbegeld gezahlt werden; in besonderen Fällen können Mitglieder, die in keinem Lehrverhältnisse stehen und durch einen Lohnkampf arbeitslos werden, eine Arbeitslosenunterstützung erhalten. Außerdem kann der Verband den Mitgliedern der Jugendabteilung Rechtsschutz bei solchen Rechtsstreitigkeiten gewähren, die sich aus dem Lehr- oder Arbeitsverhältnis ergeben.

Nach beendeter Lehrzeit bezw. nach vollendetem 17. Lebensjahre sollen die Mitglieder der Jugendabteilung in den Zweigverein übertreten. Der Uebertritt geschieht kostenlos, wenn er innerhalb der nächsten vier Wochen nach Beendigung der Lehrzeit bezw. nach Vollendung des 17. Lebensjahres vollzogen wird. Den rechtzeitig in den Zweigverein übergetretenen Mitgliedern der Jugendabteilung wird ihre Mitgliedschaft voll angerechnet, jedoch mit der Maßgabe, daß sie die ihnen hiernach zustehenden Unterstützungssätze bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Todesfall erst dann voll beanspruchen können, wenn sie ein weiteres Jahr dem Zweigverein angehört haben. Bei eintretenden Unterstützungsfällen vor Ablauf dieses Jahres ermäßigt sich die Streikunterstützung auf den Mindestsatz der betreffenden Beitragsklasse, alle übrigen Unterstützungen auf den niedrigsten Satz der niedrigsten Beitragsklasse. Nach Ablauf der einjährigen Mitgliedschaft im D. B.-V. werden die voraufgegangenen Mitgliedsjahre in der Jugendabteilung, je 44 Beiträge, als Verbandsjahr angerechnet.

Die Verwaltung der Jugendabteilung wird besorgt durch eine vom Verbandsvorstande ernannte Jugendpflegschaft. Sie besteht aus drei bis fünf ortsansässigen Mitgliedern des Deutschen Bauarbeiterverbandes. Die Pflegschaft hat aus ihrer Mitte einen Obmann zu wählen, der die Abteilung nach außen und im Verkehr mit den Verbandskörperschaften vertritt. Sie hat die Einkassierung der Beiträge zu regeln und alle Veranstaltungen vorzubereiten, die zur Erfüllung des Organisationszweckes notwendig sind. Darunter sind zu verstehen: Vorträge über gewerkschaftliche, berufliche, wissenschaftliche und literarische Gegenstände, Besuche von hervorragenden Bauwerken, Museen, Sammlungen und Theatern, Ausflüge usw. Um den Jugendlichen die Teilnahme an diesen Veranstaltungen zu erleichtern, hat die Pflegschaft eine Spargelegenheit einzurichten.

Der Referent schloß mit dem Wunsche, der Verbandstag solle der Vorlage des Vorstandes möglichst einmütig und ohne Diskussion zustimmen. (Beifall.)

An das Referat schloß sich eine kleine Debatte, in der Wagner-München seine Freude über die Vorlage aussprach. Er regte an, der „Grundstein" solle periodisch eine besondere Beilage für die Jugendlichen herausgeben. Diese könnte sehr zur Erleichterung der Agitation für die Jugendabteilungen dienen. Redakteur Winnig erklärte darauf, die Redaktion wolle diesem Wunsch insofern nachkommen, als sie beabsichtige, das Feuilleton des „Grundsteins" entsprechend zu erweitern.

Der Verbandstag nahm fast einstimmig die Vorschläge des Vorstandes an.

Eine Vorstandsvorlage über die Einführung einer

Versicherung der agitatorisch tätigen Mitglieder

begründete Paeplow-Hamburg. Nach dieser Vorlage will der Vorstand für seine im Verband tätigen, nicht angestellten Mitglieder und seine Angestellten eine Unterstützungskasse errichten, wie das der Fabrikarbeiterverband im Vorjahre als erste deutsche Gewerkschaft getan hat. Die Kasse soll ohne besondere Vergütung von dem Verbandsvorstande verwaltet und getrennt von der Verbandshauptkasse geführt werden.

Nach kurzer Diskussion, in der die Gründung der Versicherungskasse begrüßt wurde, stimmte der Verbandstag der Vorlage gegen wenige Stimmen zu. Die Versicherung tritt bereits ab 1. Januar d. J. in Kraft. — Der Verbandstag beschloß ferner, zwei alten invaliden Mitgliedern, von denen der eine von einem Arbeitswilligen schwer verletzt wurde, und der andere ein eifrig tätiger Kollege war, eine Unterstützung zu bewilligen. Die Festsetzung der Höhe wird dem Vorstand überlassen.

Zur Beratung gelangte nun eine Vorlage des Vorstandes über

Neuregelung der Gehälter der Angestellten,

die Paeplow sehr entschieden und geschickt begründete. Er betonte in seiner Begründung, mit diesen Vorschlägen würden die Gehälter der Angestellten so geregelt, wie diese in anderen ähnlichen Organisationen schon durchgeführt sind. Wenn andere Organisationen diese Gehälter gewähren, könne der Deutsche Bauarbeiterverband nicht zurückstehen. Der Vorstand habe nichts dagegen, daß für die Bezirkssekretäre das gleiche Gehalt wie für die Vorstandsmitglieder und für die Beamten in größeren Zweigvereinen das Gehalt der Gauleiter festgesetzt wird. Lassen sie sich — sagte Paeplow am Schlusse — von dem Gedanken leiten, daß ein so großer Verband berechtigt und verpflichtet ist, die besten Kollegen, die er in seinen Reihen findet, an die ersten Stellen zu bringen und zu halten. Im Interesse des Verbandes liegt es, seine Beamten nicht anders zu stellen, als dies kleinere Gewerkschaften tun. (Beifall.)

Die Diskussion über diesen Punkt wurde zum großen Leidwesen vieler Delegierter, deren beabsichtigte Reden nun unter den Tisch fielen, bald wieder geschlossen. Es kamen nur zehn Redner zum Wort, die mehr oder weniger scharfen Protest gegen die Vorlage des Vorstandes einlegten. Die Annahme der Vorlage würde eine „allgemeine Empörung" bei den Mitgliedern hervorrufen, sagte unter Zustimmung Winzler-Berlin, man könne unter keinen Umständen zustimmen. Doch kam dieser Redner, der eingangs die Vorlage scharf kritisierte, zu dem Schluß, daß eine Gehaltsregulierung angebracht sei. Und dieser Ansicht verschlossen sich auch die meisten der übrigen Redner nicht. Doch wollen sie die Gehaltserhöhung erst auf einem späteren Verbandstag bewilligen. Wenn bei der Lohnbewegung für die Arbeiter eine Lohnerhöhung errungen sei, meinte Pinske-Stettin, dann erst wolle man auch den Angestellten eine Gehaltserhöhung bewilligen. Kritisiert wurde auch, daß die Vorstandsvorlage den Mitgliedern zu spät unterbreitet worden sei. Nach einem Schlußwort Paeplows, der nochmals all die guten Gründe für eine Gehaltserhöhung darlegte, wurde schließlich die Vorlage einer 3gliedrigen Kommission überwiesen, die wahrscheinlich einen Mittelweg suchen und finden wird.

Es wird nun der Bericht der Statutenberatungskommission entgegengenommen, der in einer Abendsitzung fortgesetzt wird. Wir berichten darüber morgen zusammenhängend.

*

In Ergänzung unseres gestrigen Bericht über das Referat Silberschmidts zur Lohnbewegung sei hervorgehoben, daß da, wo es heißt: „Der Arbeitgeberverband erklärte neulich, an eine friedliche Regelung der Tarifbewegung sei nicht zu denken, damit nicht der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe, sondern der Unterverband Danzig gemeint ist.

Gerichtszeitung.

Schwurgericht.

§ **Karlsruhe**, 18. Januar.

9. Körperverletzung mit Todesfolge.

Auf der Tagesordnung für den heutigen letzten Sitzungstag des Schwurgerichts standen zwei Fälle verzeichnet, für die eine gemeinschaftliche Geschworenenbank gebildet wurde.

Bei der ersten Anklage handelte es sich um eine Körperverletzung mit nachgefolgtem Tode, deren sich der 21 Jahre alte **Hausdiener Eugen Masset aus Hagenbach,** zuletzt in Karlsruhe, schuldig gemacht hatte.

Die Verhandlung leitete Landgerichtsdirektor Oser. Staatsanwalt Dr. Rudmann vertrat die Anklage. Die Verteidigung des Angeschuldigten führte Rechtsanwalt Dr. Sanders.

Masset war zur Last gelegt, daß er vorsätzlich einen anderen mittelst einer Waffe körperlich mißhandelt und durch diese Körperverletzung den Tod des Verletzten verursacht hat, indem er am 27. November v. J., abends gegen 9 Uhr, im Hofe des Hauses Ritterstraße 9 in Karlsruhe auf den 23 Jahre alten Hausdiener Ludwig Uhrig aus Worms mit einem Revolver aus einer Entfernung von etwa einem Schritt einen Schuß abgab, der den Uhrig in die Stirne traf und seinen alsbaldigen Tod zur Folge hatte.

Der Angeklagte wurde zunächst über seine persönlichen Verhältnisse und seinen bisherigen Lebenswandel ganz verhört. Er stammt aus Hagenbach in der Pfalz, wo er seine Erziehung genoß. Nachdem er die Schule verlassen, arbeitete er in seiner Heimat zunächst in einem Sägewerk und später in einer Ziegelei. Masset wollte dann das Metzgerhandwerk erlernen und kam zu diesem Zwecke in eine Lehre, die er aber nicht vollständig durchmachte. Von da an führte der Angeklagte ein recht unstetes Leben. Er war in verschiedenen Städten des In- und Auslandes in zahlreichen Stellungen. Er kam im Jahre 1907 nach Karlsruhe. Hier arbeitete er zunächst bei seinem Bruder, dem Metzger Masset, dann in der Nähmaschinenfabrik von Haid und Neu. Als er dort entlassen wurde, fand er Stellung bei dem Kaufmann Söller hier, der ihn aber bald davonjagte, weil er ihm 200 Mk. unterschlug. Dafür wurde er am 7. Jan. 1909 vom hiesigen Schöffengericht mit 14 Tagen Gefängnis bestraft. Bald darauf arbeitete der Angeklagte hier bei einem Metzger, trat einige Monate später bei einer Fabrik in Maximiliansau ein und fand dann Stellung als Hausbursche im Hotel „Einhorn", nachher im Hotel „Mößmer" in Baden-Baden. Im Hotel „Einhorn" wurde Masset mit dem dort ebenfalls beschäftigten Zimmermädchen Lubberger bekannt. Zwischen beiden entspann sich bald eine Liebesverhältnis, obwohl das Mädchen 8 Jahre älter war als ihr Liebhaber. Aus diesen Beziehungen entstanden Folgen, welchen der Angeklagte dadurch aus dem Wege zu gehen suchte, daß er im Juli 1911 nach Amerika auswandern wollte. Er begab sich nach Hamburg und suchte bei einem Schiffe Aufnahme zu finden. Das gelang ihm nicht, da er keine genügenden Ausweispapiere besaß. Es blieb ihm daher nichts anderes übrig, als diesen Plan aufzugeben. Er kehrte nun nach Karlsruhe zurück und nahm eine Stelle als Hausbursche im Hotel „Germania" an. Auch da hielt es ihn nicht lange, denn schon bald darnach gehörte er den roten Radlern an. Inzwischen war auch die Lubberger von Baden hierher gekommen. Im hiesigen Krankenhause gebar sie am 5. September einen Knaben, der aus dem Verhältnis mit Masset hervorgegangen war. Diesem fiel nun die Unterhaltungspflicht für das Kind zu, der er aber so schlecht nachkam, daß ein Alimentationsprozeß gegen ihn angestrengt werden mußte. Um sich allen Unannehmlichkeiten zu entziehen, reiste der Angeklagte eines Tages in die Schweiz. Er begab sich nach Luzern und fand dort in einer Fabrik gutbezahlte Arbeit. Von Luzern schrieb er der Lubberger, sie möge zu ihm in die Schweiz kommen. Diese lehnte es aber ab, dem Vorschlage zu entsprechen, da sie inzwischen bei einer hiesigen Herrschaft Stellung gefunden hatte. Während seines Aufenthalts in der Schweiz war Masset mit einem reichen Russen bekannt geworden, der ihn als Hausdiener nach Petersburg engagierte. Der Angeklagte sollte schon nach kurzer Zeit die Reise nach Rußlands Hauptstadt antreten. Zu diesem Zwecke erhielt er von dem Russen 360 Fr. Masset reiste auch ab, kam aber nur bis Wirbellen. Dort wurde er angehalten, weil er keinen Paß besaß. Nun kehrte der Angeklagte wieder nach Karlsruhe zurück. Hier fand er wieder bei den roten Radlern Stellung, blieb in derselben aber nur kurze Zeit. Seine Beziehungen zu der Lubberger hatte er aufs neue angeknüpft trotz der Alimentationsklage. Er besuchte sie öfters im Hause Ritterstraße 9, wo sie sich in Dienst befand. So kam er auch am Abend des 27. November. Er läutete etwa um halb 9 Uhr, worauf die Lubberger an der Haustüre, die in den Hof führt, erschien. Zwischen beiden entspann sich ein kurzes Gespräch, in dessen Verlauf die Lubberger merkte, daß ihr Liebhaber angetrunken war. Sie machte ihm deshalb Vorhalt und forderte ihn auf, nach Hause zu gehen. Masset erklärte, daß er das nicht tun werde, da er die Nacht über bei ihr bleiben wolle. Die Lubberger erwiderte ihm, daß sie sich darauf nicht einlasse. Sie trat darauf ins Haus zurück, kehrte aber nach wenigen Augenblicken wieder in den Hof zurück. Dort fand sie den Angeklagten mit einem Revolver in der rechten Hand auf dem Boden liegen. Die Lubberger fragte ihn, was er da mache, worauf Masset aufstand. Sie bekam nun Angst und rief den Hausdiener ihrer Herschaft Uhrig herbei, der mit einem Strupfer in der Hand unter der Haustüre erschien. Gleich darauf feuerte Masset einen Schuß auf Uhrig ab, der diesen in die Stirne traf und nach wenigen Augenblicken dessen Tod herbeiführte. Die Lubberger sprang nach diesem schrecklichen Ereignis davon, die Ritterstraße entlang bis an die Wirtschaft zur „Wacht am Rhein", um Hilfe herbeizuholen. Sie traf auch einen Mann, der alsbald mit ihr ging. Inzwischen war auch Masset davongegangen. Er kehrte aber kurz darauf wieder vor das Haus Ritterstraße 9 zurück, wo er von dem zu Hilfe gerufenen Manne und einem hinzugekommenen Artillerieunteroffizier festgenommen und zur Polizei verbracht wurde.

Von den Angeklagten wurde zugegeben, daß er den verhängnisvollen Schuß abgefeuert hat. Er erklärte, daß er, nachdem ihn die Lubberger abgewiesen, den Revolver herausgezogen habe, um dieser Angst einzujagen. Die Lubberger habe auch Angst bekommen und deswegen den Hausdiener Uhrig herbeigerufen. Der sei auch gleich gekommen. Als er ihn gesehen, habe er den Schuß abgegeben, um ihn einzuschüchtern. Treffen oder gar töten habe er ihn nicht wollen. Diese letztere Angabe des Masset stand in Widerspruch mit seiner ersten Einvernahme und seinen Aussagen in der Voruntersuchung. Dort hatte er erklärt, er habe aus Aerger geschossen, weil die Lubberger den Uhrig herbeigerufen hätte, er habe ihn auch treffen, aber nicht töten wollen.

In der Beweisaufnahme fanden die vorgeschilderten Vorgänge vom 27. November, die zeigen, zu welch schweren Folgen die frivole Handhabung von Waffen führt, ihre Bestätigung. Von verschiedenen Zeugen wurde ausgesagt, daß Masset zur Zeit der Tat ziemlich angetrunken war. Er hatte im Laufe des 27. November mehrere Wirtschaften besucht gehabt. Was man über seine Arbeitstätigkeit zu hören bekam, lautete günstig; er wurde als brauchbarer und fleißiger Mensch geschildert.

Nach dem heutigen Verhandlungsergebnisse kamen die Geschworenen zur Bejahung der Schuldfrage wegen Körperverletzung mit Todesfolge, wie auch zur Bejahung der Frage nach mildernden Umständen. Gemäß dieses Verdiktes wurde der Angeklagte zu **3 Jahren 6 Monaten Gefängnis,** abzüglich sechs Wochen Untersuchungshaft, verurteilt.

*

10. Verbrechen gegen §§ 350 und 351 R.St.G.B.

In der heutigen Nachmittagssitzung des Schwurgerichts hatte sich der 31 Jahre alte Eisenbahnassistent Friedrich Lay aus Heidelberg, zuletzt in Mingolsheim, wegen Unterschlagung im Amte zu verantworten. In dieser Anklagesache war als Vertreter der Anklagebehörde Staatsanwalt Kuenzer erschienen. Die Verteidigung des Angeschuldigten führte Rechtsanwalt Frühauf.

Lay wurde beschuldigt, daß er als Beamter Gelder, die er in amtlicher Eigenschaft empfangen oder in Gewahrsam hatte, sich rechtswidrig zueignete und in Beziehung auf diese Unterschlagungen die zur Eintragung oder Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben bestimmten Bücher unrichtig führte oder verfälschte und unrichtige Abschlüsse aus diesen Büchern vorlegte, indem er in der Zeit von anfangs Juli bis anfangs Oktober in einer Reihe von Fällen Gelder, im ganzen etwa 600 Mk., die er aus Nachnahmen und Frachtgebühren vereinnahmt, für sich behielt und verbrauchte und zur Verdeckung dieser Veruntreuungen in die Verrechnungsregister entweder keine oder unrichtige Einträge machte, und indem er weiter aus der Kasse des Stationsamts Mingolsheim für sich 200 Mk. entnahm.

Seit September 1898 ist der Angeklagte im Eisenbahndienst. Er legte die ihm vorgeschriebenen praktischen und Fahrdienst-Prüfungen ab und erhielt am 1. September 1901 die Beamteneigenschaft verliehen. Er war früher in Heidelberg angestellt und kam im Spätjahr zum Stationsamt Mingolsheim, wo er die Handlungen verübte, welche ihn jetzt vor das Schwurgericht brachten.

Die Geschworenen hatten zwei Fragen zu beantworten, eine Schuldfrage, sowie eine Frage nach mildernden Umständen. Sie bejahten beide Fragen. Daraufhin erhielt der Angeklagte **8 Monate Gefängnis,** abzüglich 6 Wochen Untersuchungshaft.

Damit hatte die Schwurgerichtstagung ihr Ende erreicht. Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Oser, entließ die Geschworenen mit dem Danke des Gerichts für die pflichtgetreue Erfüllung ihres Richteramtes in die Heimat.

*

* **Mannheim,** 19. Jan. Wie seinerzeit berichtet wurde, versuchte am 29. November der 25 Jahre alte Landwirt Zegowitz in der Wohnung der Anna Neckermann in Lauda deren 12 Tage altes uneheliches Kind, dessen Vater er war, zu töten, indem er ihm Salzsäure in den Mund goß. Das Kind erlitt dadurch schwere Verletzungen, daß es anderen Tages starb. Zegowitz hatte sich gestern vor dem Schwurgericht wegen Mords zu verantworten. Er wurde von den Geschworenen unter Versagung mildernder Umstände des Totschlags schuldig gesprochen und daraufhin zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilt.

Kommunalpolitik.

Gemeinderatswahl in Singen (Amt Durlach). Parteigenossen! Vom Montag, 20. Jan., bis einschließlich Sonntag, 26. Jan., liegt die Wählerliste zur bevorstehenden Gemeinderatswahl auf dem hiesigen Rathause auf; eine Abschrift derselben liegt auch bei Gen. K. Meder. Parteigenossen und Arbeiter! Sehet nach, ob ihr in der Wählerliste steht; wer nicht eingetragen ist, geht seines Wahlrechts verlustig. Auch wer noch Umlage, Schulgeld und dergleichen an die Gemeindekasse schuldet, darf nicht wählen. Begleiche daher jeder seine Sache und sehe ein jeder in der Liste nach. Tue ein jeder seine Pflicht und Schuldigkeit, die Erfahrungen, die die arbeitende Bevölkerung in den letzten Jahren gemacht hat, dürfen noch nicht vergessen sein. Der Kampf wird ein heißer werden, darum auf an die Arbeit!

Gaggenau. Am Donnerstag, 23 Jan., nachmittags halb 6 Uhr, findet hier eine Bürgerausschußsitzung statt.

Die Bürgerausschußwahl in Engen. Der Bürgerausschuß hat für den neuen Bürgermeister, den ersten Berufsbürgermeister unserer Stadt, einen Anfangsgehalt von 3000 Mk. festgesetzt, der nach und nach auf 4000 Mk. ansteigen kann. Wie schon früher mitgeteilt wurde, haben sich für den Bürgermeisterposten 16 Bewerber gemeldet. Ihre Gehaltsansprüche bewegten sich zwischen 2800 bis 5000 Mk. In Betracht kommen jetzt nur noch zwei Bewerber, Verwaltungssekretär Josef Arnold in Karlsruhe und Sekretär Albert Eisinger in Konstanz. Diese Kandidaten werden sich demnächst in öffentlichen Versammlungen der Bürgerschaft vorstellen.

Bürgerausschußwahlen in Radolfzell. Bei den Bürgerausschußwahlen der 2. Klasse erhielt der Großblock 10 und das Zentrum ebenfalls 10 Sitze.

an etwas sehr Komisches dächte, und sprach dann laut: „Ja, ich habe den Sergeanten gut gekannt; es war ein tüchtiger Soldat, und Karoline Coppin war ein hübsches Mädchen." An dieser Stelle verdunkelte sich sein Gesicht und seine Augen, verrieten Zweifel: „Da war etwas, junger Mann," begann er wieder, „worüber ich Sie befragen wollte, etwas über Ihren Vater, oder über Ihre Mutter, oder über beide Eltern, doch habe ich vergessen, was er war. Nun, vielleicht fällt es mir später einmal ein."

Er lief mit der Sorglosigkeit eines Schulknaben davon, um er auch insofern glich, als er längst jenes hohe Alter erreicht hatte, in dem man wieder zum Kinde wird. In dem Zimmer blieben nur noch Harry, und das erlauchte Paar, das aus Amerika gekommen war, um den ihm gebührenden Platz am englischen Hofe und in der englischen Adelsgesellschaft einzunehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Theater und Musik.

Spielplan des Hoftheaters Karlsruhe.

Dienstag, 21. Jan. B. 32. **„Marta oder der Markt von Richmond"**, Oper in 4 Akten von Flotow. Anf. ½8 Uhr, Ende 10 Uhr.

Mittwoch, 22. Jan. 4. Sinfoniekonzert des Hoforchesters, Solist: Kammersänger Prof. Dr. Felix von Kraus. Programm: Händel Concerto grosso Nr. 6 g-moll und Arie aus dem Oratorium „Messias". — Brahms, vier ernste Gesänge, op. 121 und Brückner, 4. (romantische) Sinfonie, es-dur. Anf. ½8 Uhr, Ende ½10 Uhr.

Donnerstag, 23. Jan. A. 34. **„Das kleine Schokolademädchen"**, Lustspiel in 4 Akten von P. Gavoult, deutsch von G. von Schönthan. Anf. ½8 Uhr, Ende nach 10 Uhr.

Freitag, 24. Jan. B. 31. Zum erstenmal: **„Zulesina"**, Oper in einem Akt von Fernand Lion, Musik von Heinrich Bienstock. Uraufführung. — **„Versiegelt"**, komische Oper in einem Akt von Leo Blach. Anf. ½8 Uhr.

Samstag, 25. Jan. C. 2. **„Ein Waffengang"**, Lustspiel in 3 Akten von Oskar Blumenthal. Anfang ½8, Ende gegen 10 Uhr.

Sonntag, 26. Jan. B. 33. **„Cavalleria rusticana"** (Sizilianische Bauernehre), Melodrama in 1 Akt von Mascagni. **„Der Bajazzo"**, Drama in 2 Akten und 1 Prolog von Leoncavallo. Anfang 6, Ende ¾9 Uhr.

Montag, 27. Jan. A. 35. Zur Feier des Geburtsfestes des deutschen Kaisers in festlich beleuchtetem Hause: **„Undine"**, romantische Zauberoper in 4 Akten von Lortzing. Anfang ½7, Ende nach ¼10 Uhr.

Aus der Partei.

„Wir klagen an."

Die „Schwäb. Tagwacht" brachte gegen den unter obigem Stichwort erschienenen Artikel der sozialdemokratischen württembergischen Landtagsfraktion folgende Antwort:

„Die ausführliche zweite Rechtfertigung des Vorstandes unserer Landtagsfraktion — die wir gestern veröffentlichten und die besser überschrieben wäre: Haltet den Dieb! — weicht unseren grundsätzlichen Feststellungen in weitem Bogen aus. Statt grundsätzlich zu beweisen, zählt sie in der Art getadelter Backfische auf, wie mans früher machte und wies andere machen. Vergleiche sind keine Beweise! Man fühlt sich gekränkt, weil wir, statt zu streicheln, klar und deutlich unsere Meinung sagten. Das ist die Art schuldbewußter Delinquenten, das Mitleid eines hohen Gerichtshofs, in diesem Falle der Parteigenossenschaft, anzurufen. Geradezu verzweifelt sind die Versuche des Vorstandes der Landtagsfraktion, jeden grundsätzlichen Kampf auf das Niveau des persönlich Gehässigen herabzuziehen. Mögen sich andere auf diesem Boden zu Hause und wohl fühlen, wir folgen ihnen nicht! Wir bitten die Genossen, unsere Ausführungen mit denen des Vorstandes der Landtagsfraktion in Bezug auf Ton und Inhalt zu vergleichen und selber sich ein Urteil zu bilden, wer persönlich beschimpft und wer sachlich angreift.

In seiner ersten Erklärung warf der Vorstand der Landtagsfraktion uns „totale Unkenntnis der württembergischen Verfassung" vor. In seiner zweiten Erklärung verzichtet der Vorstand darauf, die Haltung der Fraktion verfassungsrechtlich zu verteidigen. Er hat sich inzwischen wohl selbst überzeugt, daß die „totale Unkenntnis der Verfassung" nicht bei der Redaktion vorhanden war.

Die Rechte, die der Sozialdemokratie im Landtag zustehen, sind nicht von der Laune irgendwelcher bürgerlicher Parteien abhängig, die man deshalb durch Verzicht auf wirkungsvollen Protest gegen die Monarchie, freundlich erhalten müsse. Eine „akustische Lücke" halten wir nicht für wirkungsvoll. Diese Rechte sind in der Verfassung festgelegt, und das Maß ihrer Ausübung hängt davon ab, welche Macht draußen im Lande hinter den Parteien im Landtage steht.

Es ist nicht mannhaft vom Vorstand der Fraktion, sich hinter dem alten, verdienten Parteigenossen Tauscher zu verschanzen und es so darzustellen, als ob wir den Genossen Tauscher persönlich angreifen. Wir sind die letzten, die die Verdienste alter Parteigenossen bestreiten wollen. Wir greifen die Mehrheit unserer Landtagsfraktion als Gesamtheit an und niemand sonst. Was also soll der fortwährende Hinweis auf Tauscher? Will der Vorstand der Fraktion etwa behaupten, daß die Fraktionsmehrheit auf das Eintagsfliegenamt eines Alterspräsidenten deshalb Anspruch erhoben hat, um dem Genossen Tauscher eine Freude zu machen? Wir schätzen den Genossen Tauscher und die Fraktion ernster ein.

Der Vorstand der Fraktion meint: „Wie kann eine Parlamentsvertretung wirksam arbeiten, wenn sie bei den wichtigsten Anlässen durch haßerfüllte Gegner in den eigenen Reihen gezwungen wird, ihre taktischen Beweggründe bis in die kleinsten Einzelheiten der gesamten Oeffentlichkeit zu unterbreiten?" Kein Mensch verlangt, daß „kleinste Einzelheiten" aus dem parlamentarischen Alltagsleben ausgekramt werden sollen. Im übrigen gibt es für die Sozialdemokratie keine parlamentarisch-diplomatische Geheimniskrämereien. Unsere Forderung ist: offene Karten, offenes Spiel!

Falsch ist die Behauptung, daß nur auf die „armen württembergischen Hofgänger" eingehauen wird. Vor wenigen Taten erst haben wir in der „Tagwacht" berichtet, daß auch die höfischen Seitensprünge sächsischer und bayerischer Parteigenossen verurteilt wurden. Auch Reichstagsabgeordnete — Landsberg — sind nicht geschont worden.

Und wie steht es mit dem Gerede vom „gesellschaftlichen Takt?" Takt ist gut, Charakter aber ist besser! Auf dem Parkett im Salon mag es üblich sein, sich innerlich zu hassen, zu verachten und trotzdem äußerlich eine glatte, süß-lächelnde Larve zur Schau zu tragen. In der Politik gilt: Den Feinden des Volkes die Faust! Man sollte endlich begreifen, daß wir nicht gegen Personen, sondern gegen Systeme kämpfen. Will man schon taktvoll sein, dann sei man es den Parteifreunden gegenüber.

Es wird versucht, die Haltung unserer Fraktion bei der Eröffnung des Landtags als unwichtig und nebensächlich hinzustellen. Wir „schießen mit Kanonen nach Spatzen". Damit glaubt man auf Kreise Eindruck zu machen, die den brennenden Parteifragen gleichgültiger gegenüberstehen. Hier handelt es sich aber um wichtige grundsätzliche Fragen über unsere Stellung zur Monarchie. Auch die Tatsache, daß deutsche Parteitage sich wiederholt mit diesen Fragen beschäftigt haben, läßt ihre Bedeutung erkennen. Dazu kommt, daß es sich in Württemberg um eine Kette fortwährender Verstöße gegen Parteitagsbeschlüsse handelt. Das bestätigt ja übrigens der Vorstand der Fraktion in seinen Erklärungen. Daß die „Tagwacht" 1907 und 1911 die Haltung der Fraktion nicht verurteilt hat, lag daran, daß ein Landtagsabgeordneter Chefredakteur der „Tagwacht" war. Daß dieser nicht als Redakteur verurteilen wird, was er als Abgeordneter getan hat, ist doch klar."

Es wäre verlockend, auf dieses Sammelsurium inhaltsloser Redensarten zu antworten; allein wir verzichten darauf. Die Fragen, wegen welcher der neueste Krakehl in Württemberg ausgebrochen ist, werden nicht durch Zeitungsartikel, sondern durch die politische Vernunft und die Logik ihre Lösung finden.

Gewerkschaftliches.

Der Streik der Blusenarbeiterinnen in Neuyork ist beigelegt worden. Etwa 25 000 Arbeiterinnen haben die Arbeit wieder aufgenommen. In dem Friedensvertrag wurde festgelegt, daß solche Blusen, die unter dem neuen System des Minimallohnes hergestellt werden, ein weißes Etikett tragen müssen, damit die Käuferinnen sich davon überzeugen können, daß die Ware nach dem Streik hergestellt wurde. Es wurden ferner verschiedene gesundheitliche Maßregeln vorgeschrieben. Der Minimallohn für Arbeiterinnen, die sich im Lehrverhältnis befinden, ist auf 5,75 Dollar pro Woche und der Minimallohn für Ausgelernte Arbeiterinnen auf 25 Dollar pro Woche festgesetzt. Die Ausführung dieser Bestimmungen wird ein Komitee überwachen. Die Bevölkerung hatte für die Streikenden Sympathie genommen, da bekant wurde, daß verschiedene Konfektionshäuser die Mädchen von 6 Uhr morgens bis 8 Uhr abends für 3,60 Dollar die Woche arbeiten ließen. Die Konfektionsarbeiterinnen sind noch im Ausstand, jedoch hofft man, daß auch mit ihnen eine Einigung in nächster Zeit zustande kommen werde.

Der Kampf im Holzgewerbe scheint unvermeidlich. Nach dem bereits gemeldeten Abbruch der Verhandlungen im Holzgewerbe hatte der Deutsche Holzarbeiterverband auf Samstag, 18. Januar, eine Konferenz von Vertretern aus allen Vertragsstädten nach Berlin einberufen, um zu der gegebenen Situation Stellung zu nehmen. Die von ca. 150 Delegierten besuchte Konferenz hat einstimmig beschlossen, die Herausforderungen und brüskierenden Ansprüche des Arbeitgeberschutzverbandes mit ganzer Entschiedenheit zu bekämpfen. Die Holzarbeiter Deutschlands sind fest entschlossen, an der von ihnen geforderten Verkürzung der Arbeitszeit, die in den allermeisten Fällen eine sehr bescheidene ist, sowohl, als auch an der vierjährigen Vertragsdauer unbedingt festzuhalten und werden sich von diesem Entschluß auch durch den zum 15. Februar von dem Arbeitgeberschutzverband angedrohten Kampfe auf der ganzen Linie nicht abbringen lassen.

In einer zweifellos aus den Reihen des Arbeitgeberschutzverbandes stammenden Notiz in der „Berliner Volkszeitung" vom 17. Januar wird erklärt, daß ein Eingreifen der Regierung, um die jetzt darniederliegenden Verhandlungen wieder aufzunehmen, von den Unternehmern als unwahrscheinlich angesehen würde. Auch die Konferenz der Holzarbeiter stand dem Eingreifen eines Unparteiischen sehr unsympathisch gegenüber.

Aus dem Lande.

Durlach.

— **Feuerbestattungsverein.** Auf die morgen Mittwoch abend in der „Alten Residenz" stattfindende Generalversammlung soll auch an dieser Stelle hingewiesen werden.

— **Der Durchschnittliche Jahresverdienst** der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter entsprechend dem § 936 der Reichsversicherungsordnung wurde vom Oberversicherungsamt für den Amtsbezirk Durlach folgendermaßen festgelegt:

a) für Stadt Durlach:

	männl.	weibl.
für Arbeiter über 21 Jahre	1000 ℳ	650 ℳ
für Arbeiter von 16—21 Jahren	900 ℳ	600 ℳ
für jugendliche Arbeiter	650 ℳ	500 ℳ

b) für die übrigen Orte des Amtsbezirks:

	männl.	weibl.
für Arbeiter über 21 Jahre	800 ℳ	600 ℳ
für Arbeiter von 16—21 Jahren	700 ℳ	500 ℳ
für jugendliche Arbeiter	600 ℳ	420 ℳ

— **Die Krankheits- und Sterblichkeitsverhältnisse im Amtsbezirk Durlach** im 4. Quartal 1912 gestalteten sich folgendermaßen: Von ansteckenden Krankheiten herrschten die Masern in recht ernster Weise in Jöhlingen. Gestorben sind, von den Totgeborenen abgesehen, 136 Personen, das entspricht dem sehr niedrigen Sterblichkeitsverhältnis von 11,60 ‰; davon waren 54 Kinder unter 15 Jahren = 40 Proz. In der Stadt selbst starben im 4. Quartal nur 33 Personen, darunter 9 Kinder unter 15 Jahren = ca. 27 Proz. in Weingarten starben von 14 Personen 4 Kinder unter 15 Jahren.

— **Unglücksfall** Am Samstag mittag erhielt im Stall des hiesigen Trainbataillons der aus Durlach stammende Rekrut Baumgärtner von einem Remontepferd einen schweren Schlag an den Kopf, so daß er in die Stallgasse stürzte und offenbar eine schwere Gehirnerschütterung erlitt. Er mußte in das Garnisonslazarett nach Karlsruhe verbracht werden.

Baden-Baden.

— **Das neue Militärluftschiff,** das gestern früh ½10 Uhr in Friedrichshafen aufgestiegen war, landete kurz nach ¼4 Uhr vor der hiesigen Luftschiffhalle. Auf der Fahrt hatte das neue Zeppelinluftschiff mit starkem Gegenwind und heftigem Schneegestöber zu kämpfen. Die Fahrt führte zu Höhen bis 2200 Metern. In den nächsten Tagen werden die Probefahrten von Baden-Oos aus fortgesetzt.

Offenburg.

L. **Schwurgericht.** In der gestrigen ersten Schwurgerichtssitzung wurde der Hausierer Matthäus Pfau von Kinzigtal wegen Notzucht zu einer Gefängnisstrafe von 1 Jahr 6 Monaten, abzüglich 1 Monat Untersuchungshaft, verurteilt. Der Angeklagte ist verheiratet, steht in den 40er Jahren und ist schon einmal wegen des gleichen Vergehens mit 6 Monaten vorbestraft. — In der Nachmittagssitzung wurde der jugendliche Taglöhner Franz Lurk von Rammersweier wegen Notzuchtsversuchs zu einer Gefängnisstrafe von 9 Monaten, abzüglich 2 Monate Untersuchungshaft verurteilt. Es ist dies der Ueberfall auf ein Mädchen von Durbach, welcher damals in den Zeitungen als Raubanfall gemeldet wurde.

Wolfartsweier, 20. Jan. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich hier letzte Woche. Beim Abkochen von Milch kamen der 16jähr. Sohn und die 12 Jahre alte Tochter der Witwe Friedrich Bechtold dem Herdfeuer zu nahe, wobei der Milchtopf umfiel und beide erhebliche Brandwunden erlitten. Bei dem Sohne hat sich Wundfieber eingestellt. Lebensgefahr ist jedoch nicht vorhanden.

Bretten, 20. Jan. Der 66jährige geistesgestörte Weber Christ. Schmidt ging Samstag nachmittag in den Wald, um Holz zu suchen. Da derselbe abends nicht zu Hause erschien, ging man auf die Suche, aber ohne Erfolg. Gestern, Sonntag nachmittag, fanden ihn Kinder auf freiem Feld in erstarrtem Zustande im Schnee tot vor.

* **Pforzheim,** 20. Jan. In einem Graben in der Nähe der Genossenschaftsstraße wurde gestern vormittag ein Mann in bewußtlosem Zustande aufgefunden, der auf dem Transport nach der Polizeiwache starb. Die Persönlichkeit des Toten konnte noch nicht festgestellt werden.

* **Mannheim,** 20. Jan. Seit Donnerstag finden auf der Rheinbrücke von hier nach Ludwigshafen Verkehrszählungen statt. Wahrscheinlich sollen sie als Material für den Bau einer zweiten Rheinbrücke dienen. — Die Ehefrau eines hiesigen Schneidermeisters trank gestern in ihrer Wohnung Lysol. Sie wurde in das Krankenhaus verbracht, wo sie im Laufe der Nacht starb. — Der Rhein ist seit gestern um 52 und der Neckar um 73 Zentimeter gestiegen.

* **Neulußheim,** 20. Jan. Die Gendarmerie verhaftete einen etwa 60 Jahre alten Mann, einen Invaliden, von hier, der an seinem 7 Jahre alten Enkelkind ein Sittlichkeitsverbrechen verübt hat. Der Festgenommene wurde in das Amtsgefängnis Schwetzingen verbracht.

Der Kindesmord in Pforzheim.

Wie wir bereits gestern noch kurz mitteilen konnten, hat sich das Dunkel über das Verschwinden der 10jährigen Mina Staib gelichtet; was man aber zu sehen bekam, erfüllt jedermann mit Grauen. Unter den Würgerhänden eines erst 19 Jahre alten Wüstlings hat das arme Kind, das als eines der braysten und fleißigsten in der Schule geschildert wird, sein junges Leben aushauchen müssen. Es wurde von dem arbeitslosen Graveur Gustav Kleile, Sohn des Ausläufers Jakob Kleile, Westliche Karl-Friedrichstraße 316 wohnhaft, am Dienstag, 14. Jan., abends 6 Uhr, als es seinen elterlichen Auftrag auf der Post erledigt hatte, auf sein Zimmer gelockt, daselbst mißbraucht und während der Tat, da das Kind zu schreien anfing, durch Würgen am Halse getötet. Die Leiche behielt der Wüstling die ganze Nacht bei sich im Bett, gut zugedeckt, da ein anderer Mann mit ihm das Zimmer teilt, der von der Sache nichts gesehen haben will. Am Morgen, als der Mitbewohner des Zimmers zur Arbeit gegangen war, nahm Kleile die Leiche aus dem Bette und steckte sie in einen Sack, um sie ungesehen fortschaffen zu können. Allein die Leiche war zu groß, um in dem Sack Platz finden zu können. Der Mörder wußte sich zu helfen; er hat seinem bedauernswerten Opfer die beiden Beine unterhalb des Knies, nachdem er, um den Blutfluß zu verhindern, sie vorher abgebunden hatte, kurzerhand ab und so ging der Sack zu. Dann trug er denselben durch die Kirchstraße hinunter zu den Gärten am Werkkanal unter dem Vorgeben, der Sack enthalte Gras. In dem seinen Eltern gehörigen Garten neben dem Gartenhäuschen grub er ein zirka ein Meter tiefes Loch, warf die Leiche hinein und deckte dasselbe wieder zu. Da die Polizei durch das Gerede von dem Rodeln mit einem grünen Schlitten, und das Gerücht, die Kleine hätte geäußert, sie gehe mit einem Pforzheimer Mädchen aber noch auf den Brötzinger Eisweiher, auf eine total falsche Fährte gelenkt wurde, glaubte man allgemein zuerst an einen Unglücksfall, da der Werkkanal nicht weit von der angeblichen Rodelstelle vorbeifließt.

Wie ist die Sache nun herausgekommen? Die Mutter des Mörders hat am Morgen nach dem Verschwinden des Kindes im Bette ihres Sohnes ein Zopfband gefunden, auch im Zimmer Blutspuren entdeckt, die sie Schreckliches vermuten lassen mußten. Vielleicht hat sie auch schon die Gewißheit und trug das entsetzliche Geheimnis mit sich herum. Als am Sonntag die Frau in Kirche besuchte und anhörte, wie der Geistliche Herr Pfarrer Christ auf das arme verschwundene Kind zu sprechen kam, ließ der Frau das Gewissen keine Ruhe; sie ging nach dem Gottesdienst zum Pfarrer, brachte ihm das gefundene Zopfband. Dieser ging darauf zu den Eltern des vermißten Mädchens und fragte, ob das Zopfband demselben gehörte, was die Eltern des Kindes bejahten. Nun wurde die Sache angezeigt und der Kleile verhaftet.

Wie ein Lauffeuer ging Sonntag nacht die schreckliche Nachricht von Mund zu Mund, überall Entsetzen hervorrufend. Trotz später Nachtstunde sammelte sich bald auf dem Brötzinger Marktplatz eine große Menschenmenge, welche die Auslieferung des Mörders verlangte und schließlich am Rathaus die Türe eindrückte. Stadtrat Richter suchte die Menge zu beruhigen und eine Deputation wurde ins Rathaus eingelassen, die sich überzeugte, daß der Mörder nicht mehr da, sondern bereits in Pforzheimer Amtsgefängnis interniert war.

Noch wußte man nicht, wo die Leiche zu finden, als gestand der Mörder früh 3 Uhr, als der Staatsanwalt nochmals in denselben drang, die Tat ein und gab an, die Leiche in den Krautgärten am Werkkanal vergraben zu haben. Montag früh wurde an der angegebenen Stelle nachgegraben und die Leiche des ermordeten Kindes samt den abgehackten Beinen auch gefunden. Nachdem die Grabstätte wie auch die Leiche selbst wiederholt photographiert, wurde sie mit dem Totenwagen ins städtische Krankenhaus zur Sektion überführt. Als die Leiche am Haus des Mörders vorbeigeführt wurde, schaute vom Fenster aus die Schwester des Mörders derselben verstörten Blickes nach.

So schrecklich die Aufklärung über das Verschwinden der kleinen Mina Staib deren beklagenswerten Eltern allgemeine Teilnahme gezollt wird, auch ist, so ist doch wenigstens die nicht minder schwer zu tragende Ungewißheit behoben. Dazu kommt die Genugtuung, daß es gelungen, des Täters habhaft zu werden. Allerdings wird es schlimm, wie es in der Aufregung die Volksjustiz gemacht hätte, wird ja nach den Umständen der Tat die Bestrafung nicht ausfallen.

Aus der Stadt.

* **Karlsruhe,** 21. Jan.

Vorlagen an den Bürgerausschuß.

Nächsten Freitag, nachmittags halb 6 Uhr, findet im großen Rathaussaal eine Sitzung des Bürgerausschusses statt. Zur Beratung stehen 7 Gegenstände.

1. **Verkauf des Grundstücks Lagerbuch Nr. 6658.** In der Vorlage beantragt der Stadtrat, der Bürgerausschuß solle seine Zustimmung zum Verkauf eines Grundstücks im Flächeninhalt von 350 Quadratmeter an die evangelisch-protestantische Kirchengemeinde zum Preise von 15 Mk. für den Quadratmeter geben. Die Begründung führt aus: „Das Stadterweiterungsgebiet zwischen Südendstraße, Beiertheimer Allee, Schnetzler- und Hirtenstraße ist in seiner gegenwärtigen Grundstückseinteilung für Bebauung ungeeignet; es liegt im öffentlichen Interesse, es entspricht den Wünschen der Beteiligten, daß es sachgemäße Bauplätze eingeteilt werde. Der Stadtrat hat daher im Jahre 1910 auf Grund der einschlägigen Bestimmungen des Ortsstraßengesetzes ein Umlegungsprojekt ausarbeiten lassen. Das Projekt umfaßt eine Fläche von annähernd 10 Hektar; es sind den Bauplätze in einem Umfang von über 7 Hektar zugeteilt, der Rest mit über 2 Hektar geht als Straßengelände unentgeltlich in den Besitz der Stadt über.

Der Stadt selbst fällt ein Grundstück im Flächeninhalt von 305 Quadratmeter an der Evangelistenstraße zu, das jedoch mit seiner Straßenfront von 5,59 Meter nicht selbständig bebaubar ist. Das benachbarte, gleich ungünstige Grundstück mit einer Front von 6,33 Meter erhält die evangelisch-protestantische Kirchengemeinde. Bei der Bearbeitung des Projekts ist man davon ausgegangen, daß diese beiden Grundstücke zu vereinigen seien, daß die Stadt das Grundstück der Kirchengemeinde erwirbt oder umgekehrt; eine andere Zuteilung hat sich mit Rücksicht auf andere Beteiligte und den geringen Flächeninhalt der Grundstücke nicht ermöglichen lassen.

Die Verhandlungen mit dem evangelisch-protestantischen Kirchengemeinderat haben nun ergeben, daß dieser — vorbehaltlich der Zustimmung der Kirchengemeindeversammlung — bereit ist, das städtische Grundstück zum Preise von 15 Mk. für den Quadratmeter anzukaufen, um ein Pfarrhaus darauf zu erstellen. Der Stadtrat befürwortet, diesen Verkauf zu genehmigen.

2. **Verkauf von Gelände an die Firma Carlo Pacchetti u. Cie. G. m. b. H. dahier.** Es wird beantragt, daß der Bürgerausschuß seine Zustimmung dazu erteile, daß ein 1888 Quadratmeter großes Gelände an der Lagerstraße zum Gesamtpreis von 23 600 Mk. an die Firma Carlo Pacchetti u. Cie. G. m. b. H. hier verkauft werde. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Firma C. Pacchetti beabsichtige, ihre westlich der Arbeiterstraße zwischen Bannwald-Allee und Lagerstraße liegende Dampf-Roßhaarspinnerei zu vergrößern. Sie will auf dem Gelände eine Spinnerei errichten, in der etwa 60 Arbeiter beschäftigt werden sollen. Der Vorlage ist ein Vertrag beigefügt, in dem besondere Bestimmungen bezüglich der Bauhöhe, der Ablagerung von der öffentlichen Gesundheit und Reinlichkeit schädlichen Stoffe usw. vorgesehen sind, damit die Bewohner der angrenzenden städtischen Arbeiterwohnhäuser keinerlei nachteiligen Einwirkungen ausgesetzt sind.

Marx-Vorträge.

Heute Dienstag Fortsetzung der Vorträge. Die Teilnehmer seien auf den pünktlichen Beginn aufmerksam gemacht.

Eine Parteiversammlung

findet morgen Mittwoch abend ½9 Uhr in der Gewerkschaftszentrale, Kaiserstraße 13, statt. Auf der Tagesordnung steht die „Abrechnung vom 2. Quartal 1912/13“ und ein Vortrag des Gen. Anton Geiß (Mannheim) über „Baden und seine Verfassung“. Es darf wohl erwartet werden, daß die Parteigenossen und Genossinnen in Anbetracht des interessanten Vortrags-Themas sich zahlreich in der Versammlung einfinden.

Sozialdemokratische Bürgerausschußfraktion.

Donnerstag abend ½9 Uhr findet in der „Wacht am Rhein“ eine Fraktionssitzung statt, zu der die Mitglieder mit der Bitte, pünktlich und vollzählig zu erscheinen, eingeladen sind.

Der Verband der Gastwirtsgehilfen hielt Dienstag nacht eine öffentliche Versammlung aller im Gastwirtsgewerbe Angestellten im Saale des „Palmengarten“ ab. Auf der Tagesordnung stand die Besprechung der Einführung eines wöchentlichen Ruhetages. Das Referat hierzu hatte Herr Rechtsanwalt Marum übernommen. Mit größter Aufmerksamkeit folgten die Versammelten den Ausführungen des Referenten, der es verstand, die Berufsverhältnisse der Angestellten im Gastwirtsgewerbe wahrheitsgetreu und anschaulich zu schildern. Eingehend beschäftigte er sich mit dem gesetzlichen Arbeiterschutz im Gastwirtsgewerbe. Die zurzeit im Gastwirtsgewerbe bestehenden Arbeiterschutzbestimmungen sind gänzlich ungenügend. Nur jede dritte Woche, in Städten über 20 000 Einwohner jede zweite Woche, haben die Gehilfen (nach der Bundesratsverordnung vom 23. Januar 1902) einen Ruhetag zu beanspruchen. Die tägliche Ruhezeit hat mindestens acht Stunden, für Gehilfen unter 16 Jahren neun Stunden, zu betragen. Dieser Schutz ist aber beschränkt auf die Minderheit des Personals, nämlich auf die sogenannten Gelernten; das gesamte Hilfspersonal, wie Hoteldiener, Hausburschen, Zimmermädchen, das weibliche Küchenpersonal, ist selbst von diesem geringen Arbeiterschutz ausgeschlossen. Für diese besteht noch die unbeschränkte, unkontrollierbare Arbeitszeit, und ist eine solche von 16, 18 bis 20 Stunden keine Seltenheit. Bei einer großen Zahl von Arbeitgebern wird selbst das bißchen Arbeiterschutz des Gesetzes nicht mal eingehalten. Gerade die Bundesratsverordnung für das Gastwirtsgewerbe zeigt so recht den ganzen Jammer der deutschen Sozialreform. Das Verlangen nach einem wöchentlichen Ruhetag ist durchaus berechtigt, umsomehr, als das ganze gastwirtschaftliche Personal nach Lage des Berufes auf jede Sonntags- und Feiertagsruhe verzichten muß. Diese Forderung ist für das gesamte Personal zu stellen. Fast allen Arbeitern und Angestellten im Deutschen Reiche ist der wöchentliche Ruhetag gewährt; ein Gebot der Menschlichkeit und Gerechtigkeit ist es, ihn auch den gastwirtschaftlichen Angestellten zu sichern. Darum her mit dem wöchentlichen Ruhetag für das Gastwirtsgewerbe! Reichen Beifall erntete der Referent für seine Ausführungen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme, und wurde dieselbe an den Bundesrat gesandt:

„Die heutige Versammlung der Angestellten im Gastwirtsgewerbe nimmt mit Bedauern Kenntnis von der Tatsache, daß die bescheidenen Wünsche der gastwirtschaftlichen Angestellten, die in zahlreichen Eingaben den gesetzgebenden Körperschaften unterbreitet worden sind, eine Berücksichtigung noch immer nicht gefunden haben.

Die Versammlung erwartet, daß die Ruhezeiten im Gastwirtsgewerbe durch Gesetz eine durchgreifende Regelung erfahren, wie das von der Reichsregierung bereits im Jahre 1891 in Aussicht gestellt worden ist.

Die im Gastwirtsgewerbe übliche, lang ausgedehnte Arbeitszeit, die unter gesundheitlich höchst ungünstigen Bedingungen zu leisten ist, erfordert dringend das Eingreifen der Gesetzgebung. Die Versammlung schließt sich den von der gesamten Gehilfenschaft wiederholt aufgestellten Forderungn durchaus an. Es sind dies:

Festsetzung eines regelmäßig wöchentlich wiederkehrenden Ruhetags von 36 Stunden für die gesamte Gehilfenschaft.

Regelung der täglichen Arbeitszeit, entsprechend den im § 120f der R.-G.-O. niedergelegten Mindestforderungen.

Die Versammlung erwartet mindestens, daß bis zum Erlaß eines Gesetzes die zurzeit geltenden Bestimmungen des Bundesrats vom 23. Januar 1902 auf das gesamte Personal ausgedehnt werden.“

Hoffentlich wird den berechtigten und bescheidenen Forderungen der Gastwirtsgehilfen endlich Rechnung getragen.

Leichtsinniger Autofahrer. Sonntag vormittag kurz vor 12 Uhr fuhr ein hiesiger Autodroschkenhalter mit seiner Autodroschke in raschem Tempo und angetrunkenem Zustande durch die Kaiserstraße. Beim Einbiegen in die Karlfriedrichstraße kam er auf den westlichen Gehweg und fuhr in das dort verkehrende Publikum hinein. Dabei wurde eine Dame erfaßt, zu Boden geworfen und am Kopfe und linken Arm verletzt. Um weiteren Schaden vorzubeugen, wurde der Droschkenhalter bis die Trunkenheit vorüber war in polizeilichen Gewahrsam genommen.

Unfall im Bahnhof. Am Samstag namittag 1 Uhr stürzte im Wartesaal 3. Kl. des hiesigen Hauptbahnhofs eine 44 Jahre alte Dame aus Freiburg infolge Ausrutschens derart zu Boden, daß sie sich in ärztliche Behandlung begeben mußte.

Zusammenstoß mit der Elektrischen. Sonntag nachmittag 2.15 Uhr stieß das Fuhrwerk eines Landwirts aus Hagsfeld an der Kreuzung der Durlacherallee und Bernhardstraße mit einem elektrischen Straßenbahnwagen zusammen, was zur Folge hatte, daß die Deichsel des Fuhrwerks abbrach.

Geisteskranker. Ein Pferdeknecht aus Brycoinka wurde gestern abend 9 Uhr in vollständig entkleidetem Zustande auf der Kaiserstraße beim Durlachertor aufgegriffen und ins städt. Krankenhaus verbracht.

Ein Wasserrohr platzte heute früh gegen 6 Uhr im Vorort Beiertheim vor dem Hause Breitestraße Nr. 100. Das Wasser quoll aus dem Boden und unterwühlte einen Teil der Straße. Das städtische Gas- und Wasserwerk hat alsbald mit den Wiederherrichtungsarbeiten beginnen lassen.

Vergnügungen und Unterhaltungen.

Konzert Sexauer-Nowak — W. Petzet — A. Karle (24. Januar). Das musikliebende Publikum dürfte das dankenswerte Unternehmen der Konzertsängerin Frau Sexauer-Nowak, der Herren Professor Petzet und Professor Karle mit besonderem Interesse begrüßen, das sich ganz in den Dienst der Wohltätigkeit stellt. Der Ertrag des Konzertes wird dem „Bad. Frauenverein“ zugunsten des Ludwig-Wilhelm-Krankenheims zufließen. Ueber Frau Sexauer-Nowak, die seit einiger Zeit hier ansässige Konzertsängerin, liegen die vortrefflichsten Kritiken vor. Die neue Stuttgarter Musikzeitung brachte über sie eine Biographie aus der Feder des bekannten Musikschriftstellers und Kritikers Dr. Altmann. — Sie wird in dem Konzert am Freitag, 24. ds. Mts., Lieder von Franz, Liszt, Nowak, Raimann, Schubert, Strauß darbieten. — Der hier in vorzüglichster Erinnerung stehende Pianist Professor Walter Petzet, spielte kurz vor Weihnachten mit dem Meininger Hoforchester unter Leitung des Universitätsmusikdirektors Prof. Dr. Stein in Jena, und sein Vortrag von Mozarts Klavierkonzert in C-moll mit Orchesterbegleitung bildete eine herrliche Unterbrechung der reinen Orchesternummern. — Professor Petzet wird hier die Sonate op. 90 e-moll von Beethoven und Sonate op. 50 h-moll von Chopin vortragen. — Herrn Professor A. Karles künstlerisches Spiel ist ebenfalls aufs vorteilhafteste bekannt und die Konzertbesucher werden sich freuen, ihn als feinsinnigen Begleiter zu hören. — Der Vorverkauf der „Eintrittskarten“ ist in der Hofmusikalienhandlung Fr. Doert, Kaiserstraße 159, Eingang Ritterstraße.

Das Residenztheater bringt in seinem neuen Programm eine vortreffliche kinematographische Wiedergabe des bekannten „Don Quichote“. In einer Reihe prächtiger, farbiger Bilder wird die traurige Gestalt dieses Ritters vor unseren Augen lebendig und große Heiterkeit auslösen. Außer einem größeren dreiaktigen Seedrama „Des Meeres und der Liebe Wellen“ erscheint als Einlage noch ein weiteres Drama „Dornenpfade“ nach dem Roman „Der kleine Jakob“ von Claretie. Eine gute Humoreske amerikanischen Stils ist „Die weibliche Autorität“. Ein Varietefilm „Die Truppe Marcantoni“ zeigt uns drei Muskelakrobaten mit einer ihnen an Kraft und Gewandtheit nicht nachstehenden weiblichen Partnerin. Die Bilder von den neuesten Ereignissen ergänzen das vielseitige Programm.

Der Balkan-Konflikt.

Wiederaufnahme der Feindseligkeiten.

London, 20. Jan. Wie das Reutersche Bureau erfährt, hat der bulgarische Premierminister die Bevollmächtigten in London ermächtigt, den bulgarischen Oberkommandanten General Sawow direkt telegraphisch zu ersuchen, die Feindseligkeiten wieder aufzunehmen, wenn sie glauben sollten, daß für den Friedensschluß keine begründete Aussicht mehr bestehe. Im Zusammenhang damit wird darauf hingewiesen, daß die Soldaten der Balkanstaaten bis spätestens zum Februar zur Bestellung ihrer Aecker zurückkehren müssen, da sonst eine Hungersnot unvermeidlich sei.

Die Stimmung in Konstantinopel.

Konstantinopel, 20. Jan. Die inspirierte türkische Presse bereitet die öffentliche Meinung auf eine Antwort vor, welche der Note der Mächte entgegenkommt. „Jeni Gazeta“ hebt hervor, welch große Schwierigkeiten für die Türkei angesichts der Drohung der Mächte durch eine Ablehnung entstehen würden und erklärt, es sei in einem solchen Augenblick nicht geraten, Rechtsprinzipien und Verträge zu prüfen. Die Rettung des Landes sei nur möglich, wenn man mit den Tatsachen rechne und ohne Zaudern angemessene Entschlüsse fasse. „Ikdam“ behandelt die Mitteilung einiger Zeitungen, denen zufolge die Pforte in dem Sinne antworten müsse, daß sie sich von neuem auf ein Handelsgeschäft einlasse. Das Blatt erklärt, die Pforte würde durch ein fortgesetztes Nachgeben ihr Prestige verlieren und durch die Opfer nichts erreichen. Sie müsse ernsthaft die politische und militärische Lage berücksichtigen, nicht zaudern, den durch die Umstände auferlegten Opfern zuzustimmen und versuchen, die von den Großmächten gemachten Versprechungen auszunutzen.

Letzte Nachrichten.

Wahlrechtsverschlechterung in Rudolstadt.

Rudolstadt, 20. Jan. Der neugewählte Landtag des Fürstentums Schwarzburg-Rudolstadt wurde heute abend von dem Staatsminister Frhr. v. d. Recke eröffnet. In der Thronrede wird eine Abänderung des Staatsgrundgesetzes angekündigt, die die Rechte des Landtags genauer regelt. Ferner wird ein neues Wahlgesetz angekündigt. Statt der bisherigen 16 Abgeordneten sollen in Zukunft 24 Abgeordnete, von denen 12 aus allgemeinen Wahlen und 12 aus Vertretern der verschiedenen Berufsstände gewählt werden, den Landtag bilden. Im Rudolstädter Landtag haben augenblicklich unsere Genossen die Mehrheit.

Bassermann im Aufsichtsamt für die Privatversicherung.

Berlin, 20. Jan. Wie der „Reichsanzeiger“ meldet, ist Rechtsanwalt und Stadtrat Bassermann in Mannheim, Vorsitzender der Kaskoversicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit, vom 1. Januar 1913 ab auf die Dauer von fünf Jahren zum Mitglied des Beirats beim kaiserlichen Aufsichtsamt für Privatversicherung ernannt worden.

Die preußischen Fortschrittler und der Wahlrechtskampf.

Berlin, 21. Jan. Der Preußentag der Fortschrittler wurde heute hier eröffnet. Abg. Fischbeck referierte über die Taktik im Wahlrechtskampf. Er stellte als Motto in den Vordergrund „Kampf gegen alle diejenigen, die dem rückschrittlichen System in Preußen als Stütze dienen. Kein Paktieren mit denjenigen, die Nutznießer des jetzigen Wahlrechts sind und energische Förderung der Wahl solcher Abgeordneter, die den Fortschritt wollen! Redner wandte sich gegen die Rechtsparteien und geißelte insbesondere die verräterische Haltung des Zentrums bei den Wahlrechtsabstimmungen. Hinsichtlich der nationalliberalen Partei sei es aus politischen Erwägungen erwünscht, eine Verständigung herbeizuführen. Vereinbarungen seien in Ost- und Westpreußen, Schlesien, Sachsen, Brandenburg und einem Teil von Kurhessen im Abschluß begriffen. Leider sei in Schleswig-Holstein eine Verständigung mit den Nationalliberalen nicht gelungen. Zur Sozialdemokratie übergehend, kritisierte Abgeordneter Fischbeck die Resolution der sozialdemokratischen Landeskommission, deren Bedingungen zum Teil undurchführbar seien, zum Teil mit der Selbstachtung der Partei unvereinbar seien. Die sozialdemokratischen Beschlüsse lägen auf demonstrativem Gebiet und entsprängen dem nacktesten Parteiinteresse. Das angebliche Ziel, ein freieres Wahlrecht zu schaffen, werde dabei ganz in den Hintergrund gedrängt.

Fischbeck schlug folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

Der preußische Delegiertentag der Fortschrittlichen Volkspartei spricht sich für ein möglichst einmütiges Zusammengehen der Liberalen bei den bevorstehenden Landtagswahlen aus. Er billigt die bisher in dieser Richtung getroffenen Abmachungen mit der nationalliberalen Partei und ersucht die Parteileitung, auch weiterhin im Einvernehmen mit den Bezirks- und Wahlkreisorganisationen auf eine gleiche Verständigung, wenn möglich auch in anderen Wahlkreisen, hinzuwirken. Der Delegiertentag fordert die Parteigenossens auf, unverzüglich in die Wahlbewegung einzutreten und die Rüstung für den Wahlkampf mit allem Nachdruck zu betreiben. Soweit wahltaktische Abmachungen mit den Nationalliberalen oder besondere Vereinbarungen der deutschen Parteien in gemischtsprachlichen Landesteilen nicht getroffen sind, werden die Parteigenossen ersucht, selbständig die Wahlarbeit aufzunehmen und energisch auf die Wahl fortschrittlicher Wahlmänner und fortschrittlicher Abgeordneter hinzuwirken.

Briand auf der Ministersuche.

Paris, 20. Jan. Briand besprach sich im Laufe des Vormittags, insbesondere mit Jonart, Pichon, André, Lefèvre und Etienne und will seine Bemühungen, ein neues Kabinett zu bilden, am Nachmittag fortsetzen. Er ist bestrebt, möglichst viele der zurückgetretenen Minister zu gewinnen, da das Kabinett Poincaré angesichts der Wahl seines Führers zum Präsidenten sozusagen an dem Uebermaß des ihm entgegengebrachten Vertrauens gestorben ist. Bourgeois weigert sich, Poincarés Nachfolger für das Auswärtige zu werden und Delcassé will weder die Marine behalten noch Kriegsminister werden, obgleich Briands wiederholtes Ersuchen bei beiden von Fallières und Poincaré warm unterstützt wurde. Bourgeois und Delcassé begründen ihre Weigerung mit ihrer erschütterten Gesundheit. Lebrun endlich lehnt das Kriegsministerium aus Gründen ab, die anscheinend seiner Bescheidenheit entsprechen. Trotz alledem hofft Briand, dem Präsidenten noch heute abend eine endgültige Antwort geben zu können.

Paris, 20. Jan. Briand glaubt, daß sich das Kabinett heute abend konstituiert haben wird. Die Zusammensetzung des Kabinetts dürfte folgende sein: Präsidium und Inneres Briand, Justiz Barthou, Aeußeres Ribot oder Jonnart, Krieg Etienne, Marine Baudin, Finanzen Klotz, Unterricht Steeg, öffentliche Arbeiten Dupuis, Handel Morel, Ackerbau David, Kolonien Guist' Hau.

Das Abkommen zwischen der Mongolei und Tibet.

Urga, 20. Jan. Das Abkommen zwischen der Mongolei und Tibet enthält folgende Hauptpunkte: Der Dalai Lama erkennt die Proklamierung des Hutuchtu zum Herrscher des mongolischen Volkes an, der seinerseits die Bildung eines selbständigen Tibet, sowie die Proklamierung des Dalai Lama zum Herrscher Tibets anerkennt. Die Mongolei und Tibet verpflichten sich gegenseitig, zur Verbreitung des Buddhismus beizutragen, einander für ewige Zeiten gegenseitig Hilfe zu leisten, sowie den Untertanen beider Reiche Schutz zu erweisen. Die Mongolei und Tibet öffnen ihre Länder dem gegenseitigen Waren- und Produktenhandel, wobei ihren Untertanen gestattet wird, industrielle und Kreditinstitute zu gründen.

Briefkasten der Redaktion.

S. L. 353. Für den Eintritt in die Fremdenlegion geben wir keine Auskunft.

Mehrere Abonnenten. In Karlsruhe erhalten die Stadträte eine jährliche Vergütung von 500 Mk.

Briefkasten des Arbeiter-Sekretariats.

Nr. 90, hier. Ihre Anfrage ist zu unklar, als daß sie ohne weiteres beantwortet werden könnte. Kommen Sie in die Sprechstunde.

K. H. 1. Wähler für den deutschen Reichstag ist jeder Deutsche, welcher das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat. Für Personen des Soldatenstandes, des Heeres und der Marine ruht die Berechtigung zum Wählen so lange, als dieselben sich bei der Fahne befinden. Von der Zahlung einer Steuer ist das Wahlrecht zum Reichstag nicht abhängig. 2. Bei der Wahl der Abgeordneten zur Zweiten Kammer der badischen Landstände sind berechtigt die über 25 Jahre alten männlichen Personen, welche zur Zeit der Wahl im Großherzogtum einen Wohnsitz haben und seit mindestens zwei Jahren die badische Staatsangehörigkeit besitzen. Jedoch genügt einjähriger Besitz der badischen Staatsangehörigkeit, falls der Wohnsitz im Großherzogtum unmittelbar vor der Wahl mindestens ein Jahr gedauert hat. Die Wahlberechtigung ruht u. a., wenn der Wahlberechtigte trotz rechtzeitiger Mahnung und ohne Stundung erhalten zu haben, bei Abschluß der Wählerliste mit der Entrichtung einer ihm für das vorausgegangene Steuerjahr gegenüber dem Staat oder der Gemeinde obliegenden Steuer im Rückstand ist.

B. Sch. 93. Bei uns in Baden steht nach dem Gesetz vom 9. Oktober 1860, die Ausübung der Erziehungsrechte in bezug auf die Religion der Kinder betr. jedem, der das 16. Lebensjahr zurückgelegt hat, die Wahl der Religion frei. Man braucht also nicht volljährig zu sein, um aus der Kirche austreten zu können. Damit ist Ihre zweite Frage erledigt. Von der Verpflichtung zur Eidesleistung wird man durch Austritt aus der Kirche nicht befreit.

Verantwortlich: für Politik **Wilhelm Kolb**; für Lokales, Kommunales und Feuilleton **Hermann Winter**; für den übrigen redaktionellen Teil **Hermann Kadel**; für die Inserate **Karl Ziegler**; alle in **Karlsruhe**, Luisenstraße 24.

Vereinsanzeiger.

Durlach. (Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“.) Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am Mittwoch, 22. Jan., abends halb 9 Uhr, im „Lamm“ unsere Monatsversamlung stattfindet. Um rege Beteiligung bittet

4804 Der Ortsgruppenleiter.

Wasserstand des Rheins.

21. Januar.

Schusterinsel 1.32 m, gest. 2 cm, Kehl 2.33 m, gef. 2 cm, Maxau 4.18 m, gest. 6 cm, Mannheim 3.78 m, gest. 24 cm.

Buchhandlung Volksfreund Luisenstraße 24.

Soeben wieder erschienen. Für Auswanderer nach Brasilien empfehlen wir: **Das Flußgebiet der Ribeira de Iguape im Süden des Staates San Paulo** (Brasilien) von Gustav Stutzer. 3. Auflage. Preis 1,50 Mk., Porto 10 Pf., durch Nachnahme bezogen 1,85 Mk.

Kufeke ist eine nahrhafte, reizlose, leicht verdauliche Krankenkost für Erwachsene u. Kinder.

4805 In unserer Abteilung

Damen- und Kinder-Konfektion

von Dienstag bis Freitag

auf sämtliche Ausverkaufspreise

: Doppelte : Rabattmarken

Geschwister Knopf.

Feuerbestattungsverein Durlach E. V.

Mittwoch, den 22. Januar 1913, abends 8 Uhr beginnend, findet in der **„Alten Residenz“** dahier, im Nebenzimmer, unsere

General-Versammlung

statt.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht.
2. Neuwahl des Vorstandes und der Beisitzer.
3. Wünsche und Anträge der Mitglieder (müssen 3 Tage vor der Versammlung schriftlich dem Vorstand eingereicht werden).

Daran anschließend die General-Versammlung für die **Bestattungskasse.** — Jahresbericht.

4763 **Der Vorstand.**

Privatspargesellschaft in Karlsruhe.

Die zur Abrechnung vorgelegten Sparbücher werden gegen Rückgabe der hierüber ausgestellten Bescheinigungen

Samstag den 18. Januar
Montag „ 20. „
Dienstag „ 21. „

vormittags von 1/2 9—12 Uhr und **nachmittags von 2—5 Uhr** in unserem Kassenlokal, Karlstraße 40, wieder ausgefolgt.

An diesen 3 Tagen werden Spareinlagen weder angenommen noch zurückbezahlt. 4722

Karlsruhe, den 17. Januar 1913.

Der Verwaltungsrat.

Feinste Algäuer

Süßrahm-Tafelbutter

per Pfund Mk. **1.40**

empfiehlt 4797

Allgäuer Butter- und Käsehaus

Inh.: **Alois Janetki**

Tel. 2107. **Kaiserstr. 64.**

Butter, Käse en gros und en détail.

Bekanntmachung.

Bei der **unentgeltlichen Rechtsauskunftsstelle für Unbemittelte** im **Landgerichtsgebäude in Karlsruhe** findet vom 1. Januar 1913 ab die Sprechstunde

jeden Mittwoch, abends von 6 1/2 bis 7 1/2 Uhr

statt. An gesetzlichen Feiertagen fällt die Sprechstunde aus

Karlsruhe, den 27. Dezember 1912. 4511

Der Vorstand des Karlsruher Anwaltsvereins.

Prima Centrifugen-Tafelbutter

liefert in Karlsruhe frei ins Haus, auswärts in Postkolli von 5 Pfund an oder als Einlage zu einem Postpaket von 60 Stück Trink- oder Kocheier zu billigen Tagespreisen, bei Jahresabschlüssen entsprechend billiger 1914

Badischer Molkerei-Verband

Ettlingerstraße 59. **Karlsruhe.** Telefon 279

Billig zu verkaufen: Gigerl-Maskenanzug (f. 8 Jahr) 2 Mk., großes Kasperltheater m. Puppen 3 Mk. (Anschaffung 30 Mk., feiner Serviertisch 5 Mk., 2 neue gute Matratzen St. 10 Mk., 2 englische Bettstellen m. Patentrostmatratz., Plüschdiwan, bessere Chiffonnier, Vertikow, Küchenschrank und Kredenz. **Durlacher Allee 10** II.

Friedrichstr. 8, Bulach, ist eine schöne 3-Zimmerwohnung, 2. Stock, nebst Zubehör auf 1. April zu **vermieten.** Näh. 1. Stock.

Kinderwagen, älterer, für Warentransport noch brauchbar, billig zu verk. **Nelkenstr. 11,** Hth. 2. St.

Sängerbund Vorwärts 1890

Arbeiter-Sängerbund

Anfang 8 Uhr Saalöffnung 7 1/2 Uhr. — **Karlsruhe** — **Ende 4 Uhr.**

Samstag, den 25. Januar 1913, abends 8 Uhr im grossen Saale der „Festhalle“

Grosser

Masken-Ball

mit Prämiierung der schönsten und originellsten Damen- und Herren-Kostüme und Gruppen. :: ::

8 Damen-, 8 Herren- u. 3 Gruppen-Preise.

Gruppen und Einzelmasken müssen spätestens um **10 Uhr** im Ballsaale anwesend sein und müssen **Gruppen aus mindestens 4 Personen** bestehen.

Doppel-Orchester.

Gewerkschaftsorchester und **Schützenkapelle**
:: unter persönlicher Leitung ihrer Direktionen. ::

Eintritts-Karte 1 Mk. :-: Für **Mitglieder** und deren **direkte Angehörige 30 Pfg.**

Vorverkauf von Eintrittskarten à 1 M. Vereinslokal **Deutsche Eiche,** Augartenstr. 60. Kunstgärtnerei **Bollin,** Werderstr. 46. Friseur **L. Zimmermann,** Luisenstr. 56. Restauration **„Zum Auerhahn“,** Schützenstr. Friseur **Ad. Kussmaul,** Rankestrasse 18. Zigarrengeschäft **L. Graf,** Ecke Marien- und Augartenstrasse. **R. Pahr,** Kaufmann, Kronenstr. 49. Restauration **„Zur Schrumpel“,** Durlacherstr. 81. Hutgeschäft **Zenker,** Kaiserstr. 65. **Gewerkschaftszentrale,** Kaiserstr. 13. Zigarrengeschäft **Bez,** Gerwigstr. 32. Restauration **„Zur Wacht am Rhein“,** Gartenstr. 2. Musikalienhandl. **Fritz Müller,** Ecke Kaiser- und Waldstr. Restauration **„Zur Gambrinushalle“,** Erbprinzenstr. 30, sowie bei den Herren Sängern.

Karten für Mitglieder werden **nur an der Abendkasse** gegen Vorzeigen **der Legitimationskarte ausgegeben** und haben **Mitgliedsbücher keine Gültigkeit. Hierüber wird strenge Kontrolle geübt.** Kasse für Mitglieder wird um 11 Uhr geschlossen.

Zu zahlreichem Besuche ladet ein

Der Vorstand.

NB. Die Abschnitte an den Karten werden beim Betreten der Ballräume vom Kontrollpersonal abgetrennt und zurückbehalten. Karten **ohne Kontrollabschnitt** sind **ungültig.** Die Karte ist sorgfältig aufzubewahren und auf Verlangen vorzuzeigen. Wer die Festhalle vor Beendigung des Balles verlässt, **verliert die Berechtigung zum Wiedereintritt.** In besonderen Fällen werden vom Kontrollpersonal Kontrollabschnitte für den Wiedereintritt ausgegeben. 4710

Bettrost, Matratze u. Polster, sowie ein Diwan, gebr., billig zu verkauf. **Rüppurrerstr. 23,** 3. rechts

Plüschdiwan feiner neuer, für 32 Mk. zu verkaufen. **Ostendstr. 4,** 4. St.

Diwans.

Neue, bessere **Diwans** werden unter Garantie von **32, 35** u. **40** Mk. an verkauft. Keine Fabrikware. **R. Köhler,** Tapezier, **Schützenstr. 25.** 4420

Maskenkostüm (Zigeunerin) fast neu, billig zu verk. od. verleihen. Anzusehen abends von 1/4 8 Uhr an. **Werderstr. 6,** Stb. III.

Städt. Arbeitsamt

Gesucht

für

Privatköchinnen 7796
Dienstmädchen
Zimmermädchen
Küchenmädchen für Wirtschaft bei hohem Lohn.

Städt. Arbeitsamt
(weibl. Arbeitsnachweis)
Zähringerstraße 100. Tel. 949.

Pfannkuch & Co

Hafer-Cacao

mit Zucker-Zusatz

1/1 Pfd.-Paket **80** ₰
1/2 Pfd.-Paket **40** ₰

4802

Pfannkuch & Co

G. m. b. H.
in den bekannten Verkaufsstellen.

Zu verkaufen fast neue Waschkommode 14 Mk., Nachttisch 4 Mk., Tisch mit Eichenplatte 8 Mk., fast neue pol. Kommode 16 Mk., schöner Chiffonnier 30 Mk., großer Spiegel 6 Mk., schönes eisernes Kinderbett, schönes Sofa, Vertiko, alles sehr billig. 4769
Uhlandstraße 12, part.

Wolldecken Kamelhaardecken

4448

sind enorm billig abzugeben.

Kaiserstraße 133

1 Treppe hoch

Eingang Kreuzstr. b. d. K. Kirche.

Ausgekämmte Haare

werden fortwährend angekauft und gut bezahlt. 3976
Yorkstraße 19, Friseurgeschäft.

Gefunden wurden bei der Maskenredoute des Gewerkschaftskartells eine **silberne Armspange** und ein **Hornfächer.** Die Eigentümer können die Gegenstände im Bureau des **Arbeitersekretariats, Wilhelmstraße 47,** in Empfang nehmen. 4798

Konfirmanden-Anzug

wie neu, billig abzugeben.
Werderstr. 49, Hth. 4. St. L.